

Gedenkstätte Hohenschönhausen
Tätigkeitsbericht
Nr. 11
2021/2022

Vorwort	4
Digitale Infrastruktur und digitale Angebote	8
Bildung und Vermittlung	11
Besucherservice	11
Pädagogische Arbeitsstelle und Drittmittelprojekte	15
Ausstellungen und Sammlung	21
Dauerausstellung	21
Sonderausstellung	23
Sammlung	23
Forschung	27
Historische Dokumentation	27
Biographieforschung	28
Raumstrukturelle Forschung	29
„Daten politischer Verfolgung“ – Teilprojekt im Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“	30
Strategie und Zeitzeugenarchiv	33
Zeitzeugenarchiv	33
Projekte und Lehrveranstaltungen	33
Bibliothek	34
Koordinierendes Zeitzeugenbüro	34
Veranstaltungen	39
Schlaglichter 2021	39
Schlaglichter 2022	43
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	47
Haushalt	51
Personal	55
Bautätigkeit	59
Bauunterhalt	59
Investive Maßnahmen	61
Projekt „Erinnerungsort Keibelstraße“	63
Anhang	67
Stiftungsorgane	67
Veranstaltungschronik	69
Kooperationspartnerinnen und -partner	73
Stiftungsgesetz	74
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	77
Besucherreferentinnen und Besucherreferenten	78
Publikationen	79
Impressum	82

Vorwort

Zwei sehr unterschiedliche Entwicklungen haben die Jahre 2021 und 2022 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen geprägt, das Abklingen der Corona-Pandemie und der selbst initiierte Nachhaltigkeitsprozess der Gedenkstätte. Im ersten Quartal 2021 blieb die Gedenkstätte noch komplett geschlossen, erst allmählich lockerten sich nach der Wiederöffnung im Mai 2021 die Corona-Beschränkungen. Maskenpflicht, Abstandsregelungen und Hygienemaßnahmen gehörten noch lange zum Alltag und liefen nur langsam aus. Schneller erholte sich die Nachfrage nach Besuchen in Hohenschönhausen. Zwar sorgte das Ausbleiben von Gruppenreisen und Klassenfahrten noch länger für einen im Vergleich mit den Vorjahren geringeren Besucherzustrom, gleichzeitig war aber der dringende Wunsch der Menschen, das erinnerungskulturelle Angebot der Gedenkstätte wahrzunehmen, sehr spürbar. Die Anmeldungen von Besucherinnen und Besuchern übertrafen sehr bald die Erwartungen, wenn auch die Besuchendenzahlen erst zum Ende der Berichtszeit das Vor-Corona-Niveau erreichten.

Der Zustrom übertraf schon bald die Möglichkeiten der Gedenkstätte, Führungen anzubieten. Denn die Besucherreferentinnen und -referenten waren als freiberuflich Tätige die, die wirtschaftlich am stärksten unter der Pandemie gelitten hatten. In der Folge hatten sich viele von ihnen beruflich umorientiert; etwa ein Drittel dieses Personenkreises stand 2021 nicht mehr zur Verfügung. Das führte bei dem raschen Anstieg der Nachfrage nach Führungen dazu, dass nicht alle Anmeldungen angenommen werden konnten. Natürlich kann es nicht im Sinne der Gedenkstätte sein, Besuchende abzuweisen. Deshalb hat sie sich sehr bald darauf konzentriert, neue Referentinnen und Referenten zu gewinnen. Das ist trotz des komplexen Einarbeitungsverfahrens in großem Umfang gelungen, schon zum Ende des Berichtszeitraums standen wieder etwa 100 Guides zur Verfügung – so viele wie 2019.

Das Jahr 2022 stand – neben den alltäglichen Aufgaben – ganz im Zeichen der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie der Gedenkstätte. Um das Schlagwort der Nachhaltigkeit mit Leben zu erfüllen, hat die Gedenkstätte einen Prozess in Gang gesetzt, der alle Mitarbeitenden einbezog. Am Beginn stand das offene Sammeln aller Ideen und Vorschläge in der Mitarbeiterschaft durch die Volontärinnen und Volontäre. Jede und jeder wurde angesprochen. Diese Vorschläge wurden im Vorstand in fünf Clustern (Ökologie – Gesundheitsmanagement – Kooperationen und Netzwerk – Personalmanagement – Wissensmanagement) und drei Querschnittsthemen (Qualitätsmanagement – Diversität – Digitalisierung) gebündelt. Am Ende stand die Erstellung eines Maßnahmenplans von umzusetzenden Schritten hin zu einer nachhaltigen Gedenkstätte und einem nachhaltigen Arbeitgeber Gedenkstätte. Das thematische Feld ist sehr breit und reicht von den klassischen ökologischen Themen wie Mülltrennung und -vermeidung bis hin zum Wissensmanagement. Beispielsweise ist es gerade in Arbeitszusammenhängen wie denen der Stiftung, in der die Hälfte bis zwei Drittel der Mitarbeitenden nur temporär über Projekte beschäftigt sind, umso bedeutsamer, dafür zu sorgen, dass neu eintretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch, rasch und umfassend über die Tätigkeitfelder der Gedenkstätte informiert werden. Ebenso wichtig ist es, beim Ausschei-

den von Fachleuten mit ihnen nicht all ihr Wissen abfließen zu lassen. Für beides wurden und werden Prozesse etabliert, um sie aus dem Rahmen des Zufälligen herauszulösen. Eine Reihe von Maßnahmen sind umgesetzt, aber das Thema wird als Langzeitaufgabe die Stiftung weiter begleiten.

Parallel zum Nachhaltigkeitsprozess wurde die energetische Sanierung der Gedenkstätte vorangetrieben, die durch die Energiekrise im Jahr 2022 starke Impulse bekam. 2022 konnte die Stiftung außerdem die Stelle einer Digitalmanagerin besetzen, die einen großen Gewinn darstellt. Sie bündelt alle Fragen, die sich ums Digitale drehen, systematisiert die Prozesse nimmt die Kolleginnen und Kollegen mit auf die Reise in diese Welt. Das ist von unschätzbarem Wert, sehen wir doch, dass jeder Arbeitsbereich von entsprechenden Fragen berührt ist, aber es hier oft mangelnde Kenntnisse und Berührungängste gibt. So macht die Gedenkstätte sich fit, größtmöglichen Nutzen aus den digitalen Möglichkeiten zu ziehen.

Unter den vielen Projekten, die die Gedenkstätte 2021 und 2022 realisiert oder fortgeführt hat, ist die Einführung eines neuen Corporate Design dasjenige, das das Erscheinungsbild der Stiftung am stärksten verändert hat. Unterstützt durch eine Grafikagentur hat die Stabsstelle Kommunikation die „Marke“ Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen neu entwickelt. Dabei legte das Team den Fokus auf den Ort und seine Kernmerkmale – die historischen wie die aktuellen. Das neu gefundene Logo aus einer speziell entwickelten Schrift hat sich schnell etabliert. Darauf aufbauend ist der gesamte öffentliche Auftritt der Stiftung neu gestaltet worden. Die überaus positive Resonanz sowohl in den Gremien der Stiftung als auch in der Öffentlichkeit hat gezeigt, dass dieser Schritt überfällig war. Als besonders erfolgreich hat sich dabei der Stiftungsbeutel mit seiner markanten Aufschrift FREIHEIT erwiesen. Er ist der bei Besuchenden und bei Präsentationen der Gedenkstätte überaus begehrt. Das ist ein großer Erfolg, weil er die Zielrichtung der Stiftungsarbeit somit weit hinausträgt, das

↓ Antrittsbesuch der ersten SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag am 8. Juli 2021.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen





↑ Der Präsident des Bundesrats und Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow mit Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller (links), Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg, zu Besuch am Informationsstand der Gedenkstätte beim Geschichtsfest zum Tag der Deutschen Einheit 2022 in Erfurt. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

6 Engagement für Freiheit und Demokratie. Anschließend wird sich die an den Bedürfnissen der Besuchenden orientierte Neugestaltung des Wegeleitsystems in der ehemaligen Haftanstalt, die Anfang 2023 realisiert werden wird, sowie ein kompletter Relaunch der Website der Gedenkstätte.

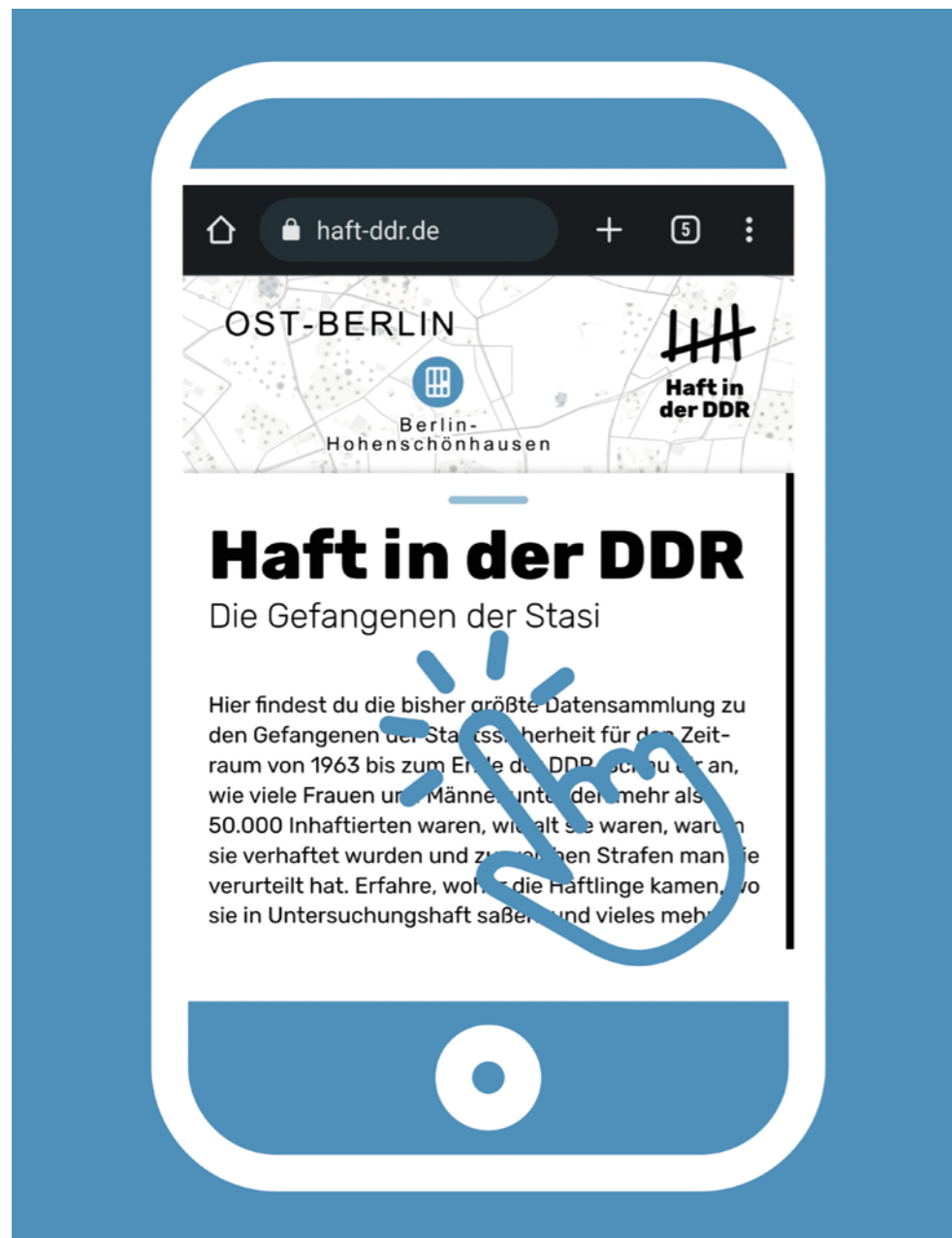
Im Berichtszeitraum ist ein Projekt in den Vordergrund gerückt, das über den Ort Hohenschönhausen hinausgreift: Die Etablierung des Erinnerungsortes in der ehemaligen Haftanstalt der Volkspolizei in der Keibelstraße. Sie liegt in unmittelbarer Nähe zum Alexanderplatz und besitzt daher ein großes Potential hinsichtlich des Berlin-Tourismus. Gleichzeitig zeigt der Ort wie kein anderer die Verschränkung von Volkspolizei und Staatssicherheit im Repressionssystem der DDR, er gehört deshalb zu den Orten von nationalstaatlicher Bedeutung. Die Chancen, die sich hier in der Vermittlung bieten, sollen unbedingt genutzt werden. Das hat ein Beschluss des Abgeordnetenhauses eingefordert, der Berliner Senat hat sich dem angeschlossen. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa hat mit Zustimmung des Stiftungsrats die Stiftung deshalb beauftragt, die Vorbereitung der Einrichtung eines Erinnerungsortes zu unterstützen, um dieses ehemalige Gefängnis einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hierzu führt die Gedenkstätte einerseits Projekte zur Grundlagenforschung durch, die das Wissen um den Ort auf eine sichere Basis stellen sollen und die von Seiten des Bundes und des Landes Berlin finanziert werden. Andererseits unterstützt sie die bauvorbereitenden Maßnahmen und hat in diesem Zusammenhang eine Bedarfsplanung vorgenommen und ein Betriebskonzept erstellt. Die weiteren Weichen müssen nun in Senat und Abgeordnetenhaus gestellt werden.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat sich auch in den schwierigen Corona-Jahren im Besuch vieler politischer Amtsträgerinnen und Amtsträger sowie Medienschaffenden geäußert. Hervorzuheben ist hier der Besuch der neugewählten Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, nur drei Wochen nach ihrem Amtsantritt. Hieraus hat sich ein enges und produktives Verhältnis entwickelt.

Die Stiftung ist bestrebt, in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen den Rahmen ihrer Wirkungsmöglichkeiten zu erweitern und Synergien zu nutzen. Erwähnt werden sollen an dieser Stelle neben dem Engagement in der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR die Kooperation mit dem Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig, wo die Gedenkstätte fast schon traditionell eine Lesung zur Buchmesse realisiert. 2022 hat Hohenschönhausen zudem aus Leipzig den großen Schriftzug FREIHEIT übernommen, der nun als bewusstes Statement im Rosenhof, dem Innenhof der Haftanstalt, zum Verweilen einlädt. Die intensive Zusammenarbeit mit der Stiftung Berliner Mauer hat auch zum emotionalen Höhepunkt des Jahres 2022 geführt: mit anderen Partnern haben die Stiftungen zum 9. November 2022 den Volny-Chor eingeladen, einen belarusischen Exilchor. Waren die Auftritte der aus Sicherheitsgründen maskierten Sängerinnen und Sänger schon bewegend, so war es das herzliche Zusammensein im Anschluss an das Konzert am Abend des 9. November in Hohenschönhausen erst recht.

Deshalb sei an dieser Stelle in Anbetracht der Kriegssituation in der Ukraine an die Menschen in der Ukraine, aber auch in Weißrussland und Russland erinnert, die unter Einsatz ihres Lebens, ihrer Existenz und ihrer Gesundheit für Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit eintreten.

Digitale Infrastruktur und digitale Angebote



↑ Webapp des Forschungsprojekts „Daten politischer Verfolgung“.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2022

Die Herausforderungen der Corona-Pandemie machten einen Ausbau der digitalen Infrastruktur und des mobilen Arbeitens für die Beschäftigten der Gedenkstätte seit 2020 unabdingbar. Im Zuge dessen hat die Gedenkstätte in die Erweiterung der IT-Infrastruktur, in die Anschaffung mobiler Endgeräte und zusätzlichen Equipments sowie in die Einführung von Microsoft Office 365 investiert. Bereits im Frühjahr 2021 wurden die Beschäftigten zu Office 365 und im Frühjahr 2022 zur IT-Sicherheit geschult.

Seit Herbst 2021 berät und unterstützt eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Gedenkstätte zur Erstellung eines Informationssicherheitskonzepts, das im Jahr 2023 finalisiert wird. Die IT-Infrastruktur wird seitdem regelmäßig entsprechend dem Sicherheitsstandard überprüft und angepasst. Zudem finden jährlich Schulungen für die Beschäftigten statt.

Um den Prozess der Digitalisierung nachhaltig in den Kultureinrichtungen und Gedenkstätten zu verstetigen und zu intensivieren, fördert die Senatsverwaltung für Kultur und Europa seit 2022 über 70 institutionell geförderte Einrichtungen bei der Implementierung von Personalstellen zum „Digitalen Wandel“. Seit Mai 2022 ist diese Stelle in der Gedenkstätte besetzt und im Verwaltungsbereich angesiedelt, um die digitale Transformation bestehender Verwaltungsabläufe und -prozesse voranzutreiben. Die Gedenkstätte versteht Digitalisierung als einen ganzheitlichen Prozess mit vielschichtigen Querschnittsaufgaben. Sie verfolgt das Ziel, Strategien zur Bewältigung aktueller Herausforderungen zu entwickeln und die Chancen der digitalen Transformation nachhaltig und langfristig sichtbar und nutzbar zu machen. Auf der organisatorischen Ebene werden Querschnittsthemen, wie der Auf- und Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Weiterentwicklung digitaler Prozesse und des Wissensmanagements sowie die Analyse und Implementierung digitaler Lösungen (Tools/Hard/Software) fokussiert.

In den einzelnen Fachbereichen und Projekten haben sich digitale Kollaborationstools und Webinare als ein festes Element der Arbeit etabliert und verstetigt, dies wurde insbesondere durch die strikten Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen der Corona-Pandemie seit 2020 befördert. Digitale Tools bleiben seitdem ein zentrales Medium der pädagogischen Arbeit, und sie sind essenziell für die Vermittlung der vielfältigen Bildungsinhalte. Im Führungsbetrieb unterstützt ein Media-Guide mittels Videointerviews und Fotografien die Vermittlung individueller Hafterlebnisse und Hintergründe zur Haftgeschichte der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Das Drittmittelprojekt „Virtuelle Exkursion(en): Jugendkulturen im Blick der Staatssicherheit“, das seit Juli 2021 seine Tätigkeit im Rahmen des durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderten Projektes „Jugend erinnert“ aufgenommen hat, visualisiert die Gedenkstätte als virtuellen Lernort neu und erschließt digitale Bildungsangebote. Das Onlineseminar zu alternativen Jugendkulturgruppen findet über eine Webseite, einen 3D-Rundgang und darin digitalisierte Objekte, Zeitzeugeninterviews und Dokumente statt.

Die neue Ausstellung „In Zwangsgemeinschaft. Die Arbeitskommandos der Strafgefangenen in

Hohenschönhausen“, die via Augmented-Reality-App den Zugang zu Informationen ermöglicht, knüpft digital an die Sonderausstellung „Stasi in Berlin“ (2019) an. In ihr werden bisher nicht öffentlich zugängliche Teile der Arbeits-, Wohn- und Schlafräume der Kommandos größtenteils virtuell erschlossen. Darüber hinaus vermitteln volumetrische Aufnahmen interviewter Zeitzeuginnen die Sichtweise der ehemaligen Insassen.

Im Bereich Forschung wurde durch die Projektgruppe „Daten politischer Verfolgung“ innerhalb des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsverbunds „Landschaften der Verfolgung“ die WebApp „Haft in der DDR“ erstellt. Basierend auf einer integrierten Datenbank enthält die WebApp anonymisierte Angaben zu den Verhaftungsgründen von mehr als 51.000 Häftlingen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR aus den Jahren 1963 bis 1989.

Um weiterhin einen hohen Hygiene- und Sicherheitsstandard zu gewährleisten und gleichzeitig ein breites Publikum anzusprechen, fanden öffentliche Veranstaltungen wie zum Beispiel die Thementage der Gedenkstätte oder der Launch der WebApp des Forschungsprojekts „Daten politischer Verfolgung“ hybrid statt.



↑ Professor Daniel-Mihail Șandru und Dr. Mioara Anton von der Universität Iași, Rumänien, blickten bei einem Rundgang am 22. November 2022 durch die Luke einer Zellentür. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Bildung und Vermittlung

Besucherservice

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erzählt die Geschichte politischer Verfolgung und Haft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR anhand menschlicher Schicksale und am authentischen Ort. Die ehemalige zentrale Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) befand sich in einem militärischen Sperrbezirk, der von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen war. Heute ist das Gefängnis sowohl Erinnerungsstätte als auch Lernort über die historisch-politischen Ereignisse und Hintergründe. Die Gedenkstätte ist ein wichtiger Anlauf- und Orientierungspunkt für viele Menschen mit Unrechtserfahrung und spielt auch in der individuellen Aufarbeitung eine wichtige Rolle. Die lebensgeschichtlichen Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die von Repressionen in der SED-Diktatur betroffen waren, sind Bestandteil verschiedener Vermittlungsformate. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lassen sich im Spiegel der Repression Andersdenkender durch das SED-Regime ebenso deutlich veranschaulichen wie die Werte Freiheit und Menschenrechte.

In den Jahren 2021 und 2022 konnte die Gedenkstätte insgesamt 425.765 Gäste begrüßen: 117.291 im ersten und 308.474 im zweiten Jahr des Berichtszeitraums. Ein bedeutender Bestandteil der Bildungs- und Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte sind die geführten Rundgänge durch den ehemaligen Haftort in Berlin-Hohenschönhausen. 2021 wurden 6.050 Führungen und 2022 15.386 Führungen realisiert. Hinzu kommen mehr als 87.000 Besucherinnen und Besucher der Sonder- und Dauerausstellungen sowie 868 Seminare, Workshops, Projektstage oder mehrtägige Bildungsveranstaltungen, an denen etwa 15.830 Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und junge Erwachsene teilnahmen.

Die Vielfältigkeit des Ortes und seiner Vermittlungsangebote zog dabei nach wie vor ein heterogenes und internationales Publikum an. Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland bildeten dabei weiterhin die größte Gruppe. Zusammen mit Studierenden sowie Lerngruppen anderer Bildungseinrichtungen bestärkt

dies die Bedeutung Hohenschönhausens als außerschulischen Lernort. Die mehrfach täglich stattfindenden Touren in deutscher sowie in englischer Sprache bildeten insbesondere für Individualbesucherinnen und -besucher einen Anziehungspunkt. Eine Führung in Leichter Sprache wird zudem seit 2021 angeboten. Reisegruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen aus Politik sowie Verwaltung stellten eine weitere Besuchergruppe dar. Die internationale Bedeutung des Ortes zeigte sich am hohen Anteil ausländischer Gäste. Besonders viele Gäste kamen aus Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Belgien.

Neben den konventionellen Touren durch die ehemalige Untersuchungshaftanstalt waren auch Haftkrankenhaus und „Grotewohl-Express“, ein im Außenbereich ausgestellter Eisenbahnwaggon zum Gefangenentransport, sowie das umliegende ehemalige Sperrgebiet des Ministeriums für Staatssicherheit zu besichtigen. Darüber hinaus konzipierte das Bildungsteam eine neue Sonderführung zum Strafgefangenenarbeitskommando der Frauen. Die Führung begleitet den erweiterten Teil der Dauerausstellung, der im Februar 2023 eröffnet wurde. Einblicke erhalten Besuchende in den Arbeitsalltag und die Unterbringung von verurteilten Frauen im eigenen Strafvollzugsbereich im Keller des Neubaus der Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen.

Das Jahr 2021 war durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie besonders geprägt. Von Anfang Januar bis zum 20. Mai war die Gedenkstätte aufgrund des zweiten Lockdowns geschlossen. Lediglich zwischen dem 15. März und dem 10. April konnten Einzelbesucherinnen und -besucher für einige Wochen die Dauerausstellung besuchen. Damit verbunden waren die strengen Hygienemaßnahmen wie die Abstandsregel, Nachweis eines Corona-Tests, die Maskenpflicht, eine Voranmeldung sowie ein einstündiges Zeitfenster für den Besuch selbst. Auch das digitale Angebot der Bildungsprojekte sowie eine moderierte Videoführung trugen dazu bei, die Vermittlungsarbeit nicht komplett einstellen zu müssen. Bis zum 6. Juni 2021 waren neben der Dauerausstellung öffentliche Außenführungen in Gruppen unter 10 Personen möglich, danach waren auch Führungen durch die Innenräume wieder erlaubt. Im letzten Jahresquartal 2021 fanden sowohl Innen- als auch Außenführungen mit bis zu 20 Besuchenden pro Führung statt. Erst ab März 2022, mit dem Wegfall vieler Einschränkungen konnte die Gedenkstätte in einen normalen Betrieb zurückkehren.

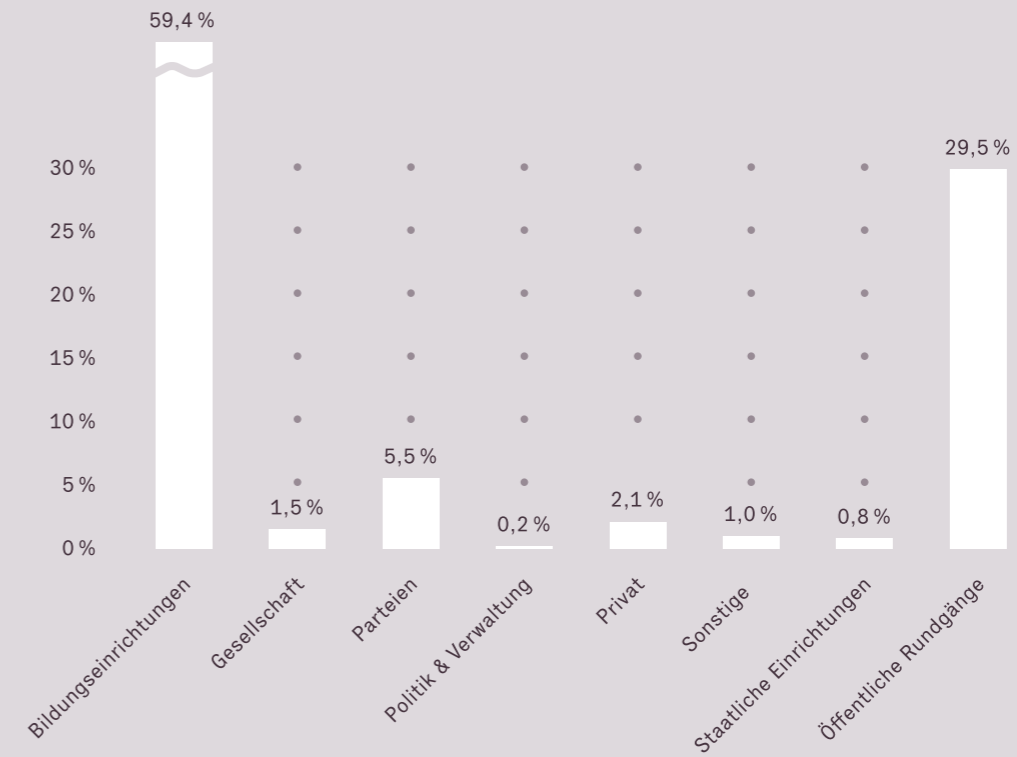
Der reduzierte Tourismus- und Schulbetrieb sowie das eingeschränkte Präsenzangebot der Gedenkstätte sorgten 2021 für niedrige Besucherzahlen. Besonders prekär und belastend gestaltete sich die Situation für die freiberuflichen Referentinnen und Referenten, die einerseits schwerwiegende Verdienstauffälle verkraften mussten und denen andererseits ihre Bildungs- und Vermittlungsarbeit ganz besonders fehlte. Knapp 30 Referentinnen und Referenten gaben 2021 ihre Tätigkeit an der Gedenkstätte auf, von den ehemals 105 Expertinnen und Experten (2020) verblieben lediglich 78 Guides. Eine von den Guides durchgeführte Analyse ergab, dass insbesondere jüngere Historikerinnen und Historiker in andere Betätigungen abwanderten, weil sie auf die Einkünfte aus Hohenschönhausen angewiesen waren. Über eine größere Bewerbungsoffensive erreichte der Bildungsbereich im Jahr 2022 den Kreis der Besucherreferentinnen und -referenten auf 94 Guides zu erhöhen. Zudem gelang es, neue Zeitzeugen für die Vermittlungsarbeit zu gewinnen. Die Bemühungen, den Rundgangsbetrieb personell abzusichern, reichten jedoch 2022 noch nicht aus. Die enorme Nachfrage in den Sommermonaten führte dazu, dass mehr als 65.000 Besucherinnen und Besuchern keine Führung

angeboten werden konnte. Mit enormem Engagement aller Mitarbeitenden der Gedenkstätte ließ sich die Besucherzahl 2022 gegenüber dem Vorjahr jedoch fast verdreifachen.

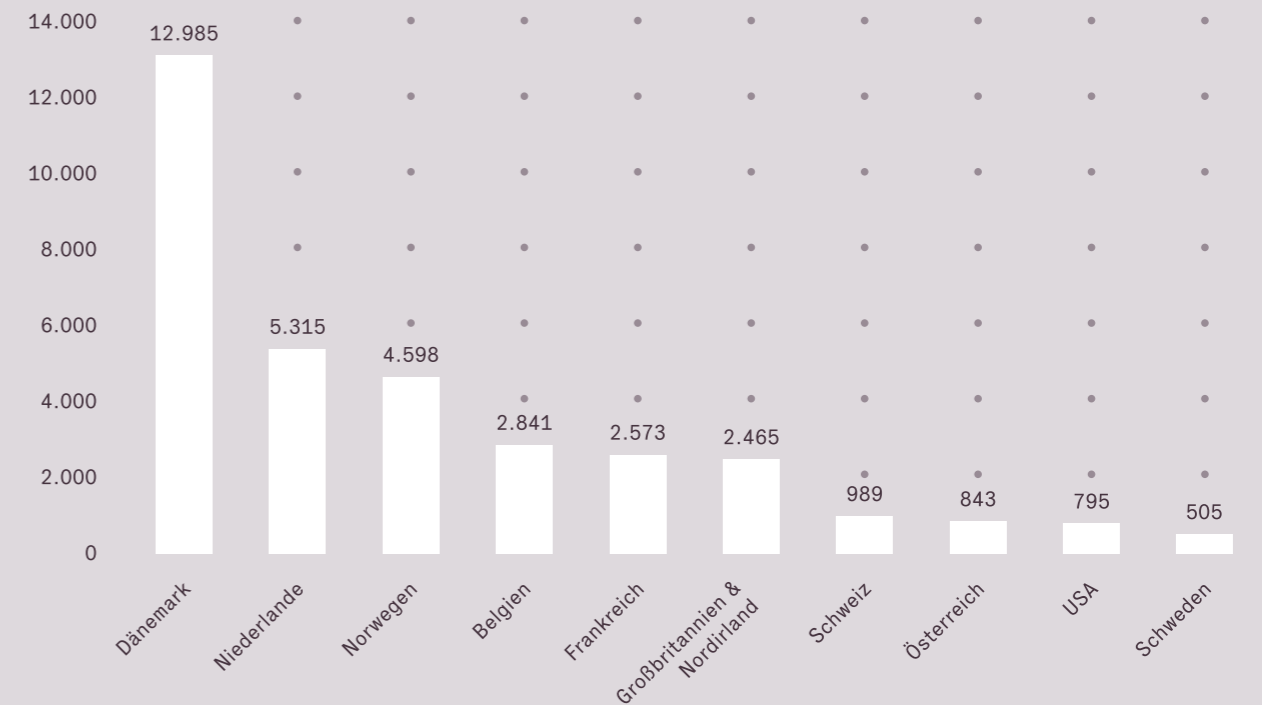
Der neu produzierte Einführungsfilm „Hohenschönhausen – Ort von Unrecht und Gedenken“ kommt seit 2021 vor Beginn jeder Führung zum Einsatz. Der Film fasst die Geschichte des MfS und der DDR in kurzer Form zusammen und vermittelt erste Informationen zum früheren Haftort, sodass die Referentinnen und Referenten in ihren Führungen daran anknüpfen können. Seit dem Frühjahr 2022 ist zudem der Mediaguide nutzbar. Hierbei handelt es sich um einen medialen Gästeführer (Tablet), der zur Veranschaulichung der Führungen mit vielseitigen Medien wie Fotografien, Statistiken, Karten oder Audio- und Videobeiträgen aus Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ausgestattet ist. Der Mediaguide bietet neben vorgegebenen Touren die Möglichkeit, individuelle Touren zu erstellen, dabei kann auf ein digitales Archiv mit über 180 Medienelemente zurückgegriffen werden. Ausgestattet mit Tablets können die Besucherreferentinnen und -referenten das jeweilige Medium direkt auf dem Tablet oder in den eigens eingerichteten Medienräumen über einen Projektor zeigen. Insgesamt wurden zehn dieser Medienräume im Kellergängnis und im Neubau der ehemaligen Untersuchungsanstalt sowie im Haftkrankenhaus geschaffen und mit Projektoren und Sitzmöbeln versehen.

Insbesondere 2022 erfolgten einige Änderungen in der Ausgestaltung des Rundgangs. Neben den Medienräumen wurden auch vier Räume eingerichtet, die mit rekonstruierten Möbeln den Vernehmerräumen nachempfunden sind und von den Besucherreferentinnen und -referenten betreten werden können und zur Veranschaulichung der Vernehmungsstrategien genutzt werden. In Kooperation mit der Sammlung der Gedenkstätte wurden zudem vier Vernehmerräume nach der individuellen Erinnerung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eingerichtet. Damit erlangen die Besuchenden nun einen personalisierten Blick auf die Vernehmerräume zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. Jahrzehnt.

Besuchergruppen 2021/2022



Häufigste Herkunftsländer ausländischer Besucher 2021 und 2022





↑ Dr. Helge Heidemeyer mit Staatsminister Carsten Schneider, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, am Modell des Sperrbezirks am 5. Juli 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

In den Jahren 2021 und 2022 besuchten auch nationale und internationale Amtsträger sowie Repräsentanten von Aufarbeitungsinitiativen die Gedenkstätte. Der kanadische Botschafter Stéphane Dion kam mit seiner Familie am 23. Mai 2022 zu einem privaten Besuch nach Hohenschönhausen und wurde vom Direktor und dem Zeitzeugen Lothar Schulz geführt. Der stellvertretende amerikanische Botschafter, Woodward Clark Price, besuchte die Gedenkstätte im August 2022. Nach einer Führung mit Direktor Dr. Helge Heidemeyer und dem Zeitzeugen Peter Keup konnte in einem Gespräch sowohl auf das System der politischen Repression als auch die persönlichen Erfahrungen Keups näher eingegangen werden.

Neben dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider (SPD), besuchten die Mitglieder des Bundestags Simona Koß (SPD), Dr. Christiane Schenderlein und Dr. Ottilie Klein (CDU) die Gedenkstätte. Aus dem Abgeordnetenhaus fanden Dirk Liebe (SPD), Tobias Bauschke (FDP) und Christian Wolf (FDP) ihren Weg nach Hohenschönhausen. Der enge Kontakt zum Bezirk Lichtenberg drückte sich in wiederholten Besuchen des Bezirksbürgermeisters und Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung aus.

Der Grundstein für eine Zusammenarbeit mit der rumänischen Gedenkstätte Râmnicu Sarat wurde beim Besuch von Prof. Daniel Sandru, Präsident des Instituts zur Untersuchung der kommunistischen Verbrechen und der Erinnerung an das rumänische Exil, gelegt. Gemeinsam mit Dr. Mioara Anton tauschte er sich mit dem Vorstand über fachliche Themen der Erinnerungskultur aus.

Pädagogische Arbeitsstelle und Drittmittelprojekte

Eine zentrale Aufgabe der Gedenkstätte ist die Bildungs- und Vermittlungstätigkeit. Seit 2004 richtet sich das stetig wachsende und differenzierte Bildungsprogramm an allgemeinbildende und weiterführende Schulen, Universitäten sowie weitere Bildungsinstitutionen. Als Reaktion auf die coronabedingten Einschränkungen stand 2021 und 2022 der Ausbau der digitalen Formate im Vordergrund. Im Berichtszeitraum realisierten die Bildungsprojekte erfolgreich digitale Führungen, Seminare, Projektstage und sogar mehrtägige Angebote. Unterstützung erhielt der Bildungsbereich dabei von langjährigen Kooperationen und namhaften Zuwendungsgebern wie der Bundeszentrale für politische Bildung, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien oder dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Pädagogische Arbeitsstelle (PAS) der Gedenkstätte bietet ein Bildungsprogramm zur politischen Repression und Verfolgung in der SBZ und der DDR an. Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche und junge Erwachsene aus anderen Bildungskontexten können an dreistündigen Zeitzeugenseminaren oder an fünfstündigen themenbasierten Projekttagen teilnehmen. Zudem konzipiert die PAS zertifizierte Fortbildungen für Lehrkräfte und außerschulische Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Erweiterung ihrer Fachkenntnisse und didaktischen Handlungsmöglichkeiten.

Während die Einschränkungen der Corona-Pandemie 2021 noch deutlich Auswirkungen auf die Präsenzangebote hatten, gab es 2022 eine erhöhte Nachfrage nach den Bildungsangeboten am Gedenkort. 2021 realisierte die PAS 78 Projektstage (32 digital) und 64 Zeitzeugenseminare. Über 100 bereits gebuchte Projektstage mussten coronabedingt storniert werden. Das Jahr 2022 konnte mit 168 Projekttagen (6 digital) und 277 Zeitzeugenseminaren wieder an die Zeit vor Corona anknüpfen. Insgesamt beanspruchten etwa 11.481 Teilnehmende im Berichtszeitraum das Bildungsangebot der pädagogischen Arbeitsstelle.

Das pädagogische Präsenzangebot wurde ab Frühjahr 2021 um zwei digitale Sonderformate erweitert. In Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeitsarbeit wurde hierfür ein hochauflösender

Videorundgang produziert, der alle Stationen einer Führung vor Ort beinhaltet. Aus der Distanz konnten Schulgruppen oder Interessierte mehrmals wöchentlich im Rahmen von moderierten Rundgängen den authentischen Ort visuell erleben und den historisch-politischen Kontext kennenlernen. Darüber hinaus entwickelte die PAS einen digitalen Projekttag: Das dreistündige Format beinhaltet neben dem Online-Rundgang auch ein Zeitzeugengespräch sowie digitale Tools zur Erarbeitung von Inhalten. 2021 und 2022 nahmen 935 Teilnehmende an 44 digitalen Bildungsveranstaltungen teil.

Anlässlich des 70. Jahrestags des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 entwickelte die PAS bereits 2022 einen neuen Sonderprojekttag. Hierbei setzen sich die Teilnehmenden mit Hilfe eines Rundgangs durch den ehemaligen Haftort, Expertengesprächen und Quellenarbeit mit Entstehung, Ablauf und Folgen der Proteste sowie der unterschiedlichen Berichterstattung zum Volksaufstand in Ost und West auseinander. Ein neues Format der Erwachsenenbildung entstand in Kooperation mit der Margarete-Steffin-Volkshochschule Berlin-Lichtenberg. Sowohl die Volkshochschule als auch die Gedenkstätte bieten außerschulische Bildungsangebote an und verstehen sich als Orte des sozialen und politischen Lernens. Politische Verfolgung und Haft in der DDR stehen im Mittelpunkt der gemeinsam angebotenen Workshops und Veranstaltungen. Außerdem führte die PAS auch 2021 und 2022 wieder mehrere Kooperations-Projektstage gemeinsam mit dem Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs durch: Im Rahmen dieses Veranstaltungsformats besuchen Teilnehmende sowohl die Gedenkstätte Hohenschönhausen als auch die ehemalige Stasi-Zentrale. Dort analysieren sie Akten über die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die sie in der Gedenkstätte bei Interviews oder Rundgängen kennenlernen. Die Zusammenarbeit mit Kooperationseinrichtungen hat einen hohen Stellenwert und schafft wie beschrieben erfolgreiche Synergien. Die PAS kooperiert u. a. mit einer Vielzahl an Schulen und politischen Einrichtungen wie der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Der Ausbau dieser Vernetzung gelang auch 2022 mit dem Bildungszentrum Gelbe Villa in Berlin-Kreuzberg und mit dem Pilecki-Institut Berlin.



↑ ↗ Dreharbeiten des Projektteams „Jugend erinnert“: Es entstanden digitale Bildungsmaterialien zum Thema „Jugendkulturen im Blick der Staatssicherheit“. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2022

Hervorzuheben ist auch das kostenfreie und zertifizierte Fortbildungsangebot der PAS für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Bildungslandschaft. 2021 und 2022 fanden insgesamt 16 Fortbildungen (10 digital) mit 352 Teilnehmenden statt. Die hohe Nachfrage des Angebotes konnte dank Unterstützung des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) generiert werden.

Die PAS beteiligte sich 2022 an der Veranstaltung „The Worldwide Reading“ des internationalen Literaturfestivals Berlin [ilb]. Schülerinnen und Schüler lasen ukrainische Lyrik, um ein solidarisches Zeichen gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu setzen.

Projekt „Virtuelle Exkursion(en): Jugendkulturen im Blick der Staatssicherheit“

Seit Juli 2021 wird das Bildungsangebot der Gedenkstätte durch das digitale Drittmittelprojekt „Virtuelle Exkursion(en): Jugendkulturen im Blick der Staatssicherheit“ erweitert. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) fördert das Projekt im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend erinnert – Förderlinie SED-Unrecht“, die inhaltliche Betreuung obliegt der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Ziel des neuen Projektes ist es, die Gedenkstätte Hohenschönhausen als virtuellen Lernort zu erschließen und in einem darauf aufbauenden digitalen Bildungsangebot über den staatlichen



Umgang mit alternativen Jugendkulturen in der SED-Diktatur mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Dazu wurden ein 3D-Rundgang und eine begleitende Webseite mit verschiedenen inhaltlichen Modulen konzipiert, um 90-minütige oder mehrstündige Online-Seminare (virtuelle Exkursionen) durchzuführen. Bis Ende 2022 wurden Inhalte wie Videos und Audios produziert und der 3D-Rundgang fertiggestellt. Zudem erarbeitete die Projektleitung ein Themenmodul zum Thema „Punk und Anderssein in der DDR“.

Ein Höhepunkt der bisherigen Entwicklungsphase war die Teilnahme an der re:publica 2022. An einem Gemeinschaftsstand der Senatsverwaltung für Kultur und Europa konnte sich das Projekt präsentieren. Darüber hinaus stellte die Projektleitung erste Ausschnitte aus der 3D-Umgebung im Rahmen eines Talk-Formats vor und gab interessierten Fachbesucherinnen und -besuchern Einblicke in die Möglichkeiten des Erinnerens in digitalen Welten. Ein weiteres Highlight war die erste Jugendbildungswoche des Projekts, die im Juni 2022 durchgeführt wurde. Das Format soll Teilnehmenden aus beruflichen Schulen einen technisch-orientierten Zugang zur Geschichte bieten. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen partizipierten bei der Ent-

stehung des 3D-Rundgangs, indem sie selbst Inhalte wie Videos, Fotos und 3D-Scans produzierten.

Zur Bewerbung des Projekts wurden zahlreiche Social Media Posts veröffentlicht sowie ein Flyer gestaltet. Um die Angebote im Unterricht besser einbinden zu können, wurde in Zusammenarbeit mit einem Grafiker ein großformatiges Poster entworfen, das mit Infografiken und kurzen Texten Wissen zur Jugendpolitik der DDR und zum Ministerium für Staatssicherheit bereitstellt. Das digitale Bildungsangebot kann hierdurch auch als hybrides Format angeboten werden.

Projekt „Linken Extremismus überzeugend kontern können. Schulung zum Umgang mit gefährdeten Jugendlichen“

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für fünf Jahre (2020–2024) geförderte Modellprojekt „Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen“, musste 2021 und 2022 wie alle anderen Bildungsprojekte coronabedingte Einschränkungen hinnehmen.

Da Präsenzseminare sowohl mit Schülerinnen und Schülern als auch mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren teilweise nicht stattfinden konnten, entwickelte das Projektteam Onlineformate zu neuen oder bestehenden Themen. So konnten trotz der Hindernisse zahlreiche Schülerinnen und Schüler, Studierende, Bundesfreiwilligendienstleistende, Lehrkräfte und auch Polizistinnen und Polizisten an Workshops des Projekts teilnehmen. Waren es 2021 noch 1.008 Teilnehmende in 62 Seminaren, nutzten 2022 bereits 2.163 Interessierte in 155 Workshops das Angebot des Präventionsprojektes. Dabei hatten die Zielgruppen die Möglichkeit, aus einer Reihe unterschiedlicher inhaltlicher Schwerpunkte zu wählen: Das Grundlagenmodul zum Linksextremismus konnte je nach Wunsch um eher historisch oder politisch ausgerichtete Angebote zur RAF, zur DDR als Unrechtsstaat oder ihr Verhältnis zu den Menschenrechten, zum Antifaschismusbegriff oder zu Fallstricken bei der Kritik am Kapitalismus ergänzt werden. Hinsichtlich aktueller gesellschaftlicher Frage-

stellungen entwickelte das Projektteam neue Seminarangebote zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien sowie zu Rechtsextremismus in der DDR.

Im Jahr 2021 erarbeiteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Modellprojektes eine Handreichung für Personen aus dem sozialräumlichen Umfeld Jugendlicher, die diese für Symbole, Narrative sowie Handlungsfelder linksradikaler Gruppen sensibilisiert. Zugleich gibt sie ihnen Argumente an die Hand, um in der inhaltlichen Auseinandersetzung für demokratische Mechanismen und Pluralismus sprachfähig zu bleiben.

Das Team entwickelte zudem zwei Projektflyer, die zusätzlich auf das Projekt und seine Angebote aufmerksam machen können. Ein Höhepunkt des Projekts war die Ende August 2022 an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen durchgeführte Jugendbildungswoche. Jugendliche aus ganz Deutschland, die sich ehrenamtlich in verschiedenen gesellschaftspolitischen

Bereichen engagieren, beschäftigten sich fünf Tage lang intensiv mit verschiedenen Facetten linksradikaler und linksextremistischer Strömungen. Einen weiteren Höhepunkt bildete der im September 2022 an der Gedenkstätte ausgerichtete Fachaustausch mit Expertinnen und Experten der Präventionsarbeit der Phänomenbereiche Linksextremismus und Islamismus.

Projekt „Entwicklung neuer Vermittlungsangebote in der historisch-politischen Bildung“ (Histories2gether)

Noch bis Ende Oktober 2021 förderte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien neue Vermittlungsangebote im Rahmen des Programms „Kulturelle Vermittlung und Integration“. Das Projekt „Histories2gether“ diente der Integration sowie Inklusion, indem junge Menschen angesprochen wurden, die in der Gedenkstätte bislang unterrepräsentiert waren: Berufsschulklassen, Personen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationshintergrund sowie Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Im Zentrum des Projekts stand die Entwicklung von Tandemseminaren, die mit einem ehemaligen politischen Häftling der DDR und einem aktuell Geflüchteten stattfanden. Diese „Zeitzeugen-Tandems“ geben Einblick in die Geschichte des Haftortes, die Biografien politisch Verfolgter in der DDR und in autoritären Regimen von heute. Die Veranstaltungen schlagen eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Sie fördern Integration, indem Schülerinnen sowie Schüler für die Themen Flucht und politische Haft sensibilisiert wurden. Zudem finden als fester Bestandteil lebhaft Diskussionen über politische Emanzipation, demokratische Bewegungen und Integration nach Flucht sowie politischer Haft statt. Trotz coronabedingter Einschränkungen konnte das Projektteam über die Erweiterung eines digitalen Angebots 24 Online- bzw. Präsenzseminare sowie zwei digitale Jugendbildungswochen durchführen.

Für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen konzipierte das Projektteam Führungen und ein bebildertes Booklet in Leichter Sprache. Zusätzlich realisierte das Projekt die Schulungen der Referentinnen und Referenten der Gedenkstätte und entwickelte eine Unterseite der Gedenkstättenhomepage, ebenfalls in Leichter Sprache.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Corporate Identity (CI) für das Projekt entwickelt. Diese umfasste ein Logo, Flyer, ein Roll-Up und eine Projektwebseite. Über 550.000 Aufrufe konnte die Webseite bis Ende 2021 verzeichnen. Zusätzlich pflegte das Projektteam Social-Media-Kanäle auf Facebook und Instagram und veröffentlichte insgesamt sieben Artikel in Zeitungen und Magazinen.

Neben dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) unterstützten Vereine, Verbände und Institutionen das Projekt. Darunter das Oromo Horn von Afrika Zentrum e.V., die Iranische Gemeinde, die WIPA-Sprachschule, der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI), Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (RAA Berlin), die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), die Deutschlandstiftung Integration e.V. oder die Kopf, Hand und Fuss gGmbH. Sie bewarben das Projekt in ihren Netzwerken oder vermittelten Menschen mit Fluchterfahrung für die Durchführung der Tandemseminare.

Insgesamt erreichte das Projekt im Förderzeitraum über Seminare, Führungen, Veranstaltungen, Fortbildungen und Kooperationseinrichtungen circa 4.500 Menschen. Ende 2021 konnten inklusive Formate nach Abschluss des Projekts erfolgreich in den Regelbetrieb der pädagogischen Vermittlungsarbeit implementiert werden.

Im Jahr 2022 wurde das Projekt Histories2gether in das reguläre Angebot der PAS implementiert und weiterentwickelt: Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus der ehemaligen DDR kommen im Rahmen dieses Veranstaltungsformats mit Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan zusammen. Sie berichten den Teilnehmenden über ihre Fluchtbiographien sowie ihre Erfahrungen als politisch Verfolgte. Auf diese Weise gelingt ein Brückenschlag zwischen Geschichte und Gegenwart, der bei den Teilnehmenden unter anderem wegen des multiperspektivischen Ansatzes auf großes Interesse stößt.

↓ Pfadfinder der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg in einem Workshop zum Thema „Linksextremismus in Geschichte & Gegenwart“ am 12. April 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen





↑ Besuchende in der Dauerausstellung am Thementag „Flugwege – Fluchtwege“ am 25. Juni 2022.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Beatrice Berthel

Ausstellungen und Sammlung



← Zum Thementag am 25. Juni 2022 führte Kurator Andreas Engwert durch die Räumlichkeiten der 2023 eröffnenden Ausstellung über die Strafgefangenenarbeitskommandos in Hohenschönhausen. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Beatrice Berthel

Die Gedenkstätte Hohenschönhausen hat den Auftrag, über Ausstellungen zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Mit der Eröffnung der Dauerausstellung „Inhaftiert in Hohenschönhausen. Zeugnisse politischer Verfolgung 1945–1989“ im Oktober 2013 sowie der Präsentation von zwei großen Sonderausstellungen in den folgenden Jahren konnte sich die Gedenkstätte als Standort für publikumswirksame Ausstellungen in Berlin etablieren.

Dauerausstellung

Die Dauerausstellung präsentiert die Geschichte des Haftortes, die Erfahrungen der Häftlinge sowie die Lebens- und Arbeitswelt der Stasi-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in Hohenschönhausen anhand von rund 500 Exponaten, 300 Fotos und 100 Medienstationen. Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie kamen im Berichtszeitraum mit 75.136 Personen weniger Besucherinnen und Besucher als in den Jahren zuvor (2019/2020: 104.789). Allerdings stieg die Zahl der an der Ausstellung interessierten Personen (2021: 21.833; 2022: 53.303) seit dem Abflauen der Pandemie wieder deutlich an.

Während des Berichtszeitraums arbeitete die Gedenkstätte an der Umsetzung der neuen ständigen Ausstellung „In Zwangsgemeinschaft. Die Arbeitskommandos der Strafgefangenen in Hohenschönhausen“. Dieses bislang wenig beachtete Kapitel des Haftortes wird künftig im ehemaligen Küchentrakt des Gefängnisneubaus gezeigt. In dem Trakt wurde das aus weiblichen Strafgefangenen bestehende „Kommando Neue Küche“ eingesetzt. Es war eines von mehreren „Strafgefangenenarbeitskommandos“, die in Hohenschönhausen für das MfS tätig waren. Die in ihnen zusammengefassten Männer und Frauen mussten mit ihrer Arbeitsleistung dazu beitragen, den Betrieb und die Instandhaltung der zentralen Untersuchungshaftanstalt des MfS aufrechtzuerhalten – in der Küche, als Reinigungskräfte, beim Nähen, Waschen und Bügeln, in der Schreinerei und in der Kfz-Werkstatt.

Um den rund 500 qm großen Küchentrakt mit den verschiedenen Arbeits- und Wohnräumen in seinem ursprünglichen Zustand belassen zu können, sollen die zentralen Ausstellungsinhalte digital vermittelt werden: Fotos, Video- und Audiodokumente, Berichte von Zeitzeuginnen oder auch nachgesprochene Auszüge aus Spitzelberichten an die Stasi werden künftig per Tablet über eine Augmented-Reality-App („Erweiterte Realität“) zugänglich gemacht. Eine Berliner Medienfirma entwickelte eine spezielle App für die Ausstellungsinhalte.

Für die Umsetzung des Ausstellungsvorhabens war die Stiftung auf eine Finanzierung durch Drittmittel angewiesen. Entsprechende Förderanträge waren bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) eingereicht worden.

Parallel zum Ausstellungsvorhaben wurden im Rahmen eines Zeitzeugenprojekts die Erinnerungen von betroffenen Frauen dokumentiert. Ein zur Produktion von Zeitzeugeninterviews bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingereichter Förderantrag war bereits 2020 genehmigt worden. Mitte September 2022 erfolgten mit fünf ehemaligen Gefangenen volumetrische 360°-Aufnahmen in einem speziellen Studio in Potsdam-Babelsberg. Sie ermöglichen auf dem Tablet räumlich wirkende 3D-Ansichten der Interviewten, die an verschiedenen Stellen in der Ausstellung platziert werden.



↑ Erstellung einer 3-D-Abbildung der Zeitzeugin. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Volucap, 2022



↑ Vorbesprechung mit einer Zeitzeugin vor ihrer volumetrischen Aufnahme im Volucap-Studio in Babelsberg am 19. September 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Volucap

Bis zum Ende des Berichtszeitraums wurden zahlreiche Ausbesserungsarbeiten in den Ausstellungsräumen durchgeführt, die Ausstellungsinhalte fertiggestellt sowie drei größere Objektvitrinen mit Exponaten bestückt. Außerdem wurden die zahlreichen Küchenutensilien in den offenen Regalen sowie die Großküchengeräte gesichert.

Sonderausstellung

Von der Pandemie war die Sonderausstellung „Stasi in Berlin. Überwachung und Repression in Ost und West“ betroffen. Wegen der zwischenzeitlichen Schließung besuchten 2021 lediglich 1.430 Personen die Sonderausstellung, deren Pforten Ende Dezember 2021 nach einer zweimaligen Laufzeitverlängerung endgültig geschlossen wurden.

Szenografischer Mittelpunkt der Ausstellung war ein begehbare Luftbild Berlins auf 170 Quadratmetern, das mit Hilfe von Tablets und einer Augmented-Reality-App individuell erschlossen wurde. Insgesamt waren mehr als 4.200 Adressen über Tablets anwählbar. Zu Beginn des Jahres 2022 wurde die Sonderausstellung professionell eingelagert, um sie zu einem späteren Zeitpunkt an einem geeigneten

Ort in Berlin zeigen zu können. Wichtige Inhalte der Ausstellung bleiben zudem in einer mobilen Version als App zugänglich: Bereits 2020 hatte die Gedenkstätte der digitalen Plattform „berlinHistory“ Informationen zu Standorten des MfS im Stadtraum zur Verfügung gestellt.

Sammlung

Die Gedenkstätte verwahrt zahlreiche Objekte zum einstigen Haftort, die in Depots gelagert oder in der Dauerausstellung zu sehen sind. Dazu gehören die Hinterlassenschaften der einst vor Ort tätigen Dienstleistungen des MfS, Erinnerungsstücke von ehemaligen Häftlingen, Objekte zu Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR sowie ein umfangreicher Bestand an Objekten aus DDR-Gefängnissen. Für die museologische Betreuung des Bestandes sowie den Erhalt der originalen Einrichtungsgegenstände im Rundgang sorgen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sammlung.

Der Sammlungsbestand umfasst etwa 15.000 Objekte. Im Berichtszeitraum kamen 366 Objekte hinzu, so Erinnerungsstücke von ehemaligen Angehörigen des Strafkommmandos der Frauen und Gegenstände aus dem Gulag wie ein selbst gefertigter Koffer, Arbeitskleidung und ein Mes-



↑ Besuchende der Ausstellung „Stasi in Berlin“ erkundeten mit Tablets auf einem großen Luftbild Berlins die verborgene Infrastruktur des Ministeriums für Staatsicherheit. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2019

ser mit einer Schneide aus Baumharz. Objekte der Sammlung werden für wissenschaftliche oder künstlerische Vorhaben intern und extern angefragt. Verliehen wurde unter anderem eine Zellentür an das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam und eine Zellenpritsche für das Filmprojekt „Babylon Berlin“. Unterstützt wurde auch der „Lernort Keibelstraße“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit Gegenständen zur Ausstattung des einstigen Polizeigefängnisses.

Die Objektdatenbank ist als wissenschaftliche Quelle von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstätte einsehbar. Mit der verstärkten Überarbeitung älterer Datensätze rückt die Sammlung die inhaltliche Bestandsererschließung mehr in den Fokus.

Größtes „Objekt“ der Sammlung ist die historische Gefängnisanlage. Der Besucherandrang sowie Alterungs- und Witterungseinflüsse setzen dem originalen Baubestand zu. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Erhalt von Spuren, die vom Haftalltag der Häftlinge zeugen. Bei Entscheidungen des Denkmalschutzes wird die Sammlung hinzugezogen, so bei der Ertüchtigung des Ausstellungsbereichs im Keller des Neubaus. Bei Bedarf stellt die Sammlung Quellen zur Baugeschichte zur Verfügung.

Im Anschluss an die Generalsanierung im Jahre 2020 fand die Wiedereinrichtung des Rundgangs mit Möbeln und Ausstattungsgut statt. Sechs Vernehmerräume – je aus den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren – wurden nach den Erinnerungen einzelner Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eingerichtet. So spiegelt sich auch hier der individuelle Blick auf die Geschehnisse im Haftort. Für die neue Ausstellungsfläche in der einstigen Großküche und im Unterkunfts-bereich der strafgefangenen Frauen konnten durch intensive Recherchen eine Vielzahl an historischen Objekten und Möbeln an ihren ursprünglichen Standort zurückgeführt werden.

Innerhalb der Gedenkstätte ergaben sich für die Sammlung bereichsübergreifende Zusammenarbeiten, zum Beispiel mit der Pädagogischen Arbeitsstelle für das Projekt „Jugend erinnert“. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sammlung gaben den Jugendlichen einen Einblick in die Sammlung. Sie führten einen Workshop mit praktischen Übungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Objektfotografie durch.

Die Erschließung der neuen Ausstellungsfläche in der sogenannten Großküche, der ehemaligen Unterkunft der strafgefangenen Frauen sowie von Funktionsräumen im Keller der Haftanstalt stellte die Mitarbeitenden der Sammlung vor viele Herausforderungen.



↑ Teilnehmende des Projekts „Jugend erinnert“ beim Foto-Workshop im Depot im Juni 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2022

Vorname:	Geburtstag:	Geburtsort:	Strasse:	Eingeliefert:	Durch wen:
Kurt	██████.31	Berlin		17.6.53	17.6.53
Walter	██████.35	Berlin		17.6.53	17.6.53
Günter	██████.35	Röntgental		17.6.53	17.6.53
Heinrich	██████.09	Köln		17.6.53	17.6.53
Horst	██████.31	Berlin		17.6.53	17.6.53
Georg	██████.09	Marburg/L.		17.6.53	17.6.53
Berthold	██████.25	Berlin		17.6.53	17.6.53
Gunter	██████.36	Berlin		17.6.53	17.6.53
Edmund	██████.13	Wiesenburg		17.6.53	17.6.53
Helmut	██████.30	Grüneberg		17.6.53	17.6.53
Max	██████.99	Seifersdorf		17.6.53	17.6.53
Horst	██████.34	Berlin		17.6.53	17.6.53
Waldemar	██████.35	Berlin		17.6.53	17.6.53
Josef	██████.32	Tirschriegel		17.6.53	17.6.53
Hans	██████.17	Waltershausen		17.6.53	17.6.53

↑ Ausschnitt aus der Hafteingangsdocumentation zum Juni 1953. © BArch, MfS, Abt. XIV, Nr. 16784

Forschung

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat den Auftrag, die Geschichte des Haftortes von 1945 bis 1989/90 und das System der politischen Justiz in der DDR zu erforschen. Der Bereich Forschung hat sich dieser Aufgabe in den Jahren 2021/22 in verschiedenen Projekten gewidmet. Die drei Schwerpunkte – Dokumentation, Biografie- und raumstrukturelle Forschung – wurden konzeptionell geschärft. Wenn auch die Covid-Pandemie den Zugang zu den Archiven noch erheblich einschränkte, konnten die zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon acht befristet beschäftigt) Forschungsarbeiten weiterführen bzw. abschließen und neue anstoßen.

Historische Dokumentation

Die historische Dokumentation beinhaltet Daten zur Haft in Hohenschönhausen. Grundlagen sind dabei Quellen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv und aus anderen Archiven. Zeitzeugeninterviews und verschriftlichte Erinnerungen dienen als Korrektiv und Ergänzung vor allem zur Überlieferung der DDR-Staatssicherheit. In den letzten zwanzig Jahren sind auf diesem Weg umfangreiche Datensammlungen entstanden.

Herzstück der historischen Dokumentation ist die Datensammlung zu ehemals Inhaftierten, die in vielen Fällen zur Schicksalsklärung von Betroffenen beitragen konnte. Hier sind weitgehend alle Häftlinge des zentralen Untersuchungsgefängnisses und des Haftkrankenhauses der DDR-Staatssicherheit dokumentiert. Es finden sich zudem Informationen zu Gefangenen aus den MfS-Untersuchungshaftanstalten in der Lichtenberger Magdalenenstraße, in Rostock, in Schwerin und in Cottbus. Diese Erfassung fand im Sommer 2022 ihren Abschluss und wird später zu vergleichenden Analysen herangezogen.

Für das Haftarbeitslager sind von den geschätzten 8.000 Strafgefangenen bislang Haftdaten zu rund 3.000 Personen dokumentiert. Für Strafgefangenenarbeitskommandos konnten im Zuge der Erweiterung der Dauerausstellung der Gedenkstätte Haftdaten zu insgesamt 600 Personen ergänzt werden.

Hinsichtlich des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 bleibt die Quellenlage schwierig, da die russischen Archive nur in Einzelfällen und begrenzt Einblick in ihre Überlieferungen gewähren. Dennoch konnten rund 15 Prozent der schätzungsweise 16.000 Internierten des Speziallagers bislang identifiziert werden. Ein Desiderat bleibt auch die Dokumentation zum sowjetischen Untersuchungsgefängnis. Hier sind mittlerweile 348 Personen identifiziert und erfasst. In Zusammenarbeit mit der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wurden in den letzten beiden Jahren Rehabilitierungsanträge für 25 durch sowjetische Militärtribunale verurteilte Personen in Moskau eingereicht.

Parallel zur fortlaufenden Pflege der Daten läuft eine Evaluation der historischen Dokumentation. Das Ziel ist, ein Modernisierungskonzept zu entwickeln, das die Daten nicht nur nachhaltig sichert, sondern auch ihre Nutzung und Auswertung für Forschung und Bildung verbessert. Im Rahmen dieses Prozesses nahm der Bereich 2021/22 Vorarbeiten auf, um vorhandenes Datenmaterial zu sichten und zu verifizieren. Daraus entstanden zwei Projekte, die sich den Inhaftierten zum einen in der Folge des Volksaufstands am 17. Juni 1953 und zum anderen in der Folge des Mauerbaus 1961 widmen. Die Untersuchungen sollen tiefere Erkenntnisse zur Zusammensetzung der Festgenommenen, ihren sozialen Hintergründen, den Gründen ihrer Inhaftierung, zur Verurteilung und Strafhaft herausarbeiten. Zudem wird auch die Rolle und Funktion der zentralen Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen innerhalb des Gefängnisystems des MfS beleuchtet.



↑ Das ehemalige Haftarbeitslager X des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Dirk Vogel

Das Projekt zum Juniaufstand führte 2022 zu einem Projektantrag bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die zum 70-jährigen Jubiläum den Förderschwerpunkt „Protest und Aufstände gegen autoritäre Herrschaft und Diktaturen“ ausgeschrieben hat. Das Projekt wurde bewilligt. Es ist als bereichsübergreifendes Forschungs- und Bildungsvorhaben konzipiert und wird sich 2023/24 unter dem Titel „Jugend im politischen Protest“ jungen Akteuren des 17. Junis wie auch anderer Proteste in der jüngeren Vergangenheit widmen.

Biographieforschung

In diesem Schwerpunkt fand ein erstes Projekt innerhalb des Forschungsvoluntariats im Dezember 2022 seinen erfolgreichen Abschluss. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht Anna Schlotterbeck, eine deutsche Kommunistin der ersten Stunde. Die DDR-Staatssicherheit hatte sie 1953 zunächst in Chemnitz und dann in Hohenschönhausen inhaftiert. Anhand von Selbstzeugnissen (Briefe aus der Haft und retrospektive Hafterinnerungen) legt die Studie Wahrnehmungsmuster der Gefangenen, ihre Sicht auf die eigene und auf andere Personen, frei. Die Studie wird 2023 erscheinen und als erste Publikation die Reihe „Biografische Forschung“ der Gedenkstätte eröffnen.



↑ Das ehemalige Haftarbeitslager X des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Dirk Vogel

Raumstrukturelle Forschung

2021/22 nahmen erste Vorarbeiten für Projekte zur bauhistorischen und raumplanerischen Entwicklung des Haftortes, des Sperrbezirks und der umliegenden Wohnviertel in Hohenschönhausen ihren Anfang. Quellensichtungen im Stasi-Unterlagen-Archiv und im Bauaktenarchiv in Berlin-Lichtenberg schufen einen Überblick über die Quellenlage. Da im Zuge der jetzigen raumplanerischen Entwicklung des Viertels viele Gebäude abgerissen wurden bzw. werden, beauftragte die Gedenkstätte den Fotografen Dirk Vogel mit einer Bilddokumentation der architektonischen Hinterlassenschaften des MfS im ehemaligen Sperrbezirk.

Die Quellensichtung in den Archiven führte zu einem Spezialrundgang zur Bauhistorie im Sperrbezirk, der bei verschiedenen Veranstaltungen interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand. Der Forschungsbereich beteiligte sich im August 2022 an der Summerschool des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) zum Thema „The Socialist City: Planning, Transformation and Aftermath“. Die Teilnehmenden beschäftigten sich dabei mit der Architektur im Sperrbezirk und in der Wohnumgebung.



Im Berichtszeitraum nahm der Forschungsbereich einen regen Fachaustausch mit Kolleginnen und Kollegen aus Forschungsinstituten und Universitäten auf. Im Mittelpunkt dieser Gespräche standen Fragen zur architektonischen und raumplanerischen Entwicklung im und um den Sperrbezirk, aber auch zum Verhältnis von Gefängnisarchitektur und Haftregime im Gefängnis. Das Ziel ist, aus diesen Fachdiskussionen gemeinsame Projektanträge zu entwickeln.

2022 hat der Bereich zudem einen Sammelband in Planung genommen, der die zweite Untersuchungshaftanstalt des MfS in der Lichtenberger Magdalenenstraße behandeln wird. Die Beiträge werden sich der Haftstätte von seiner Errichtung bis zur Entwicklung als Gedenk- bzw. Denkort widmen. Das Buch soll Ende 2024 veröffentlicht werden.

„Daten politischer Verfolgung“ – Teilprojekt im Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“

Seit 2019 ist die Gedenkstätte am vom BMBF finanzierten Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“ beteiligt. Zum Verbund gehören neben der Gedenkstätte der Lehrstuhl Geschichte Osteuropas der Humboldt-Universität zu Berlin, die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité – Universitätsmedizin Berlin, die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam, das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und der Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte der Universität Passau. Kooperationspartner sind das Stasi-Unterlagen-Archiv und das Bundesarchiv. Ziele des Verbunds sind, zur Erforschung der quantitativen Dimensionen politischer Verfolgung beizutragen, aber auch die langfristigen Folgen von Inhaftierung in einem diktatorischen System auf die Gesundheit der Betroffenen durch valide Daten zu belegen. Sprecher des Verbunds ist Prof. Dr. Jörg Baberowski, stellvertretender Sprecher ist Dr. Stefan Donth.



↑ Der Projektmitarbeiter Michel Kusche bei der Vorstellung der WebApp des Forschungsprojekts „Daten politischer Verfolgung“ am 6. Oktober 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Das Teilprojekt Berlin-Hohenschönhausen widmet sich der Untersuchungshaft beim Ministerium für Staatssicherheit. 2021/22 wurden dazu Daten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv mit Daten aus dem Bundesarchiv in einer Datenbank zusammengeführt, die am Ende eine valide quantitative Grundlage zu den Dimensionen der MfS-Haft in den Jahren 1963 bis 1989 bieten wird. Diese Massendaten ermöglichen quantitative wie auch qualitative Analysen und stärken somit die Beschäftigung mit der Gruppe der politisch Verfolgten in der DDR. Parallel entstand die Internetseite „Haft in der DDR. Die Gefangenen der Stasi“ (www.haft-ddr.de) als innovative Plattform zur Vermittlung der Ergebnisse. Am 6. Oktober 2022 ging die Website im Rahmen einer Veranstaltung in der Gedenkstätte online.

Im Projekt entstehen zudem zwei Dissertationen, die sich zum einen am Beispiel von Fahnenfluchten der Konstruktion und Bedeutungsladung eines Straftatbestands als wichtigem Element der Diktaturdurchsetzung und zum anderen der internationalen Dimensionen von MfS-Haft am Beispiel ausländischer Staatsbürger widmen. Die beiden Dissertationen wurden in Kolloquien sowie in den Werkstattgesprächen des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“ mehrfach diskutiert und auf der Geschichtsmesse in Suhl am 29. April 2022 präsentiert.

Die Einbindung in den Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“ hat bereits zu einer stärkeren Verankerung der Gedenkstätte in die Forschungslandschaft und zur gewinnbringenden Vernetzung mit anderen Einrichtungen der Erinnerungskultur geführt. Dazu beigetragen hat die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den einzelnen Verbundpartnern. So konnte die Gedenkstätte den Projektpartner Charité bei der Gewinnung von Probandinnen und Probanden für die medizinischen Untersuchungen der körperlichen und psychischen Folgen politischer Haft in SBZ und DDR erfolgreich unterstützen. Die verbundinterne Zusammenarbeit gab zudem Impulse für Kooperationen mit anderen Gedenkstätten: Im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR“

organisierte die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gemeinsam mit der Gedenkstätte Bautzen eine Weiterbildungsveranstaltung zum Umgang mit traumatisierten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, an der sich auch der Projektpartner Charité beteiligte.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Verbundarbeit lag in der Diskussion der Ergebnisse im wissenschaftlichen Raum, die durch mehrere Veranstaltungen und die Werkstattgespräche erreicht werden konnte. Der Austausch fand national wie auch international statt, so etwa mit Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr, mit Studierenden des Fachbereichs Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes, im Rahmen des Internationalen Parlamentsstipendiums des Deutschen Bundestages und mit Studierenden und Lehrkräften der Chicago School of Professional Psychology.

Ein weiteres zentrales Anliegen des Verbunds war die Wirkung in den politischen Raum, um die nach wie vor aktuelle gesellschaftliche Dringlichkeit der Themen „politische Verfolgung in der SBZ und DDR“ sowie „gesellschaftliche und gesundheitliche Langzeitwirkung von Inhaftierung“ deutlich zu machen. Besonders eng und erfolgreich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag. Die Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt wurde durch den Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“ bei einer Untersuchung zur Geschichte der Haftorte, die sich zwischen 1945 und 1989/90 auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes befanden, bis zum Abschluss des Vorhabens unterstützt.



↑ Michael Schlosser, Zeitzeuge des Koordinierenden Zeitzeugenbüros, mit seinem nachgebauten Fluchtflugzeug, das er oft in Schulen präsentiert, am 25. Juni 2022 auf dem Thementag in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Beatrice Berthel

Strategie und Zeitzeugenarchiv

Zeitzeugenarchiv

Seit ihrer Gründung konnte die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu über 2.645 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – hauptsächlich ehemaligen Inhaftierten – Kontakt herstellen und vielfältige Informationen und Materialien zur persönlichen Haftgeschichte und zum Repressionsort zusammentragen. Darunter befanden sich 2021 auch sechs neue Kontakte zu früheren MfS-Angehörigen sowie zu deren leiblichen oder adoptierten Kindern. Im Jahr 2022 war es trotz der Einschränkungen durch die Coronapandemie möglich, mit 15 neuen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen (2021: 24) mehrstündige Videointerviews aufzuzeichnen. Bereichsübergreifend konnten Kontakte vermittelt und Gespräche geführt werden, beispielsweise für die Ausstellung „In Zwangsgemeinschaft. Die Arbeitskommandos der Strafgefangenen in Hohenschönhausen“. Nun verfügt die Stiftung über insgesamt 874 Interviews.

Außer den Stiftungsmitarbeitenden nutzten 21 auswärtige Forscherinnen und Forscher und Interessierte das Archiv – 2022 waren es 22, darunter Buchautorinnen und -autoren, Doktorandinnen und Doktoranden, Masterabsolvierende und Journalistinnen und Journalisten. Weitere Anfragen stellten Partnereinrichtungen des Forschungsverbunds „Landschaften der Verfolgung“ sowie Universitäten. So recherchierten die Sigmund Freud Privatuniversität Wien/Berlin sowie der Geschichtsfachbereich der Humboldt-Universität zu Berlin für geplante Publikationen über einen längeren Zeitraum im Archiv.

Projekte und Lehrveranstaltungen

Mit den beiden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsverbänden „Seelenarbeit im Sozialismus: Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie in der DDR“ und „Diktaturerfahrung und Transformation: Biographische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren“ wurde die Vernetzung zur Zeitzeugenarbeit fortgeführt. Neu hinzugekommen sind gemeinsame Projekte mit der Oral-History-Forschungsstelle am Historischen Seminar der Universität Erfurt, dem Dokumentations- und Informationszentrum Torgau sowie der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen. Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und das Koordinierende Zeitzeugenbüro beteiligen sich am „Generationenprojekt“, das die Universität Konstanz gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätte Berliner Mauer im Rahmen einer Förderung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur verwirklicht.

In der Kooperationspartnerschaft mit dem berufs begleitendem Masterstudiengang „Politisch-Historische Studien“ der Universität Bonn führte der Bereich Strategie und Zeitzeugenarchiv die Module „B1: Arbeiten an und mit historischen Orten“ und „B2: Diktaturen in Deutschland – Leben und Alltag“ in zwei ganztägigen Vermittlungsformaten durch. Am Modul B2 beteiligte sich der Projektpartner Charité.



↑ Präsenzbibliothek der Gedenkstätte.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2023

Bibliothek

Im Berichtszeitraum wuchs der Publikationsbestand der Stiftungsbibliothek um 814 (2019/2020: 661) Werke (2021: 420, 2022: 394). Neben aktuellen Neuerscheinungen runden antiquarische Publikationen sowie Schenkungen die Bestandserweiterung ab. Die Nutzerinnen und Nutzer können somit auf fast 11.000 Publikationen zu Forschungszwecken zurückgreifen. Aufgrund des stark wachsenden Buchbestands wurden erneut die Regalflächen ausgebaut, um weiterhin eine nutzerfreundliche Handhabung der Publikationen zu gewährleisten. Den Schwerpunkt des Bestands bilden naturgemäß Publikationen zum politischen System der SBZ/DDR und Erfahrungsberichte ehemaliger Inhaftierter. Außerdem steht Interessierten Fachliteratur zu den Themen Diktatur, Aufarbeitung, museale und pädagogische Arbeit sowie Belletristik zur Verfügung.

Koordinierendes Zeitzeugenbüro

Erfolgreicher denn je präsentierte sich 2022 das bundesweite Zeitzeugenprogramm des Koordinierenden Zeitzeugenbüros (KZB). Mit insgesamt 1.189 vermittelten Zeitzeugengesprächen (2021: 1.036) übertraf das gemeinsame Kooperationsprojekt der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Berliner Mauer damit sogar das Vor-Pandemie-Niveau (2019: 1.108). Auch die Qualitätssicherung der Termine sowie die Digitalisierung und Erweiterung des webbasierten Bildungsangebots nahmen in den Projektjahren 2021 und 2022 einen maßgeblichen Stellenwert ein.

2022 fanden 1.082 Zeitzeugengespräche statt, davon 926 vor Ort und 156 digital. (2021: 919, davon 509 vor Ort und 410 digital). 107 Gespräche wurden schon für 2023 gebucht oder coronabedingt verschoben. Die Zahl der Teilnehmenden steigerte sich mit insgesamt 30.648 Personen von 2021 auf 2022 um rund 34 Prozent (2021: 22.929). Trotz der deutschlandweiten Rückkehr zum Präsenzunterricht etablierten sich die im ersten Corona-Lockdown 2020 entwickelten digitalen Lernkonzepte auch weiterhin als zweite Säule der Vermittlungsarbeit.

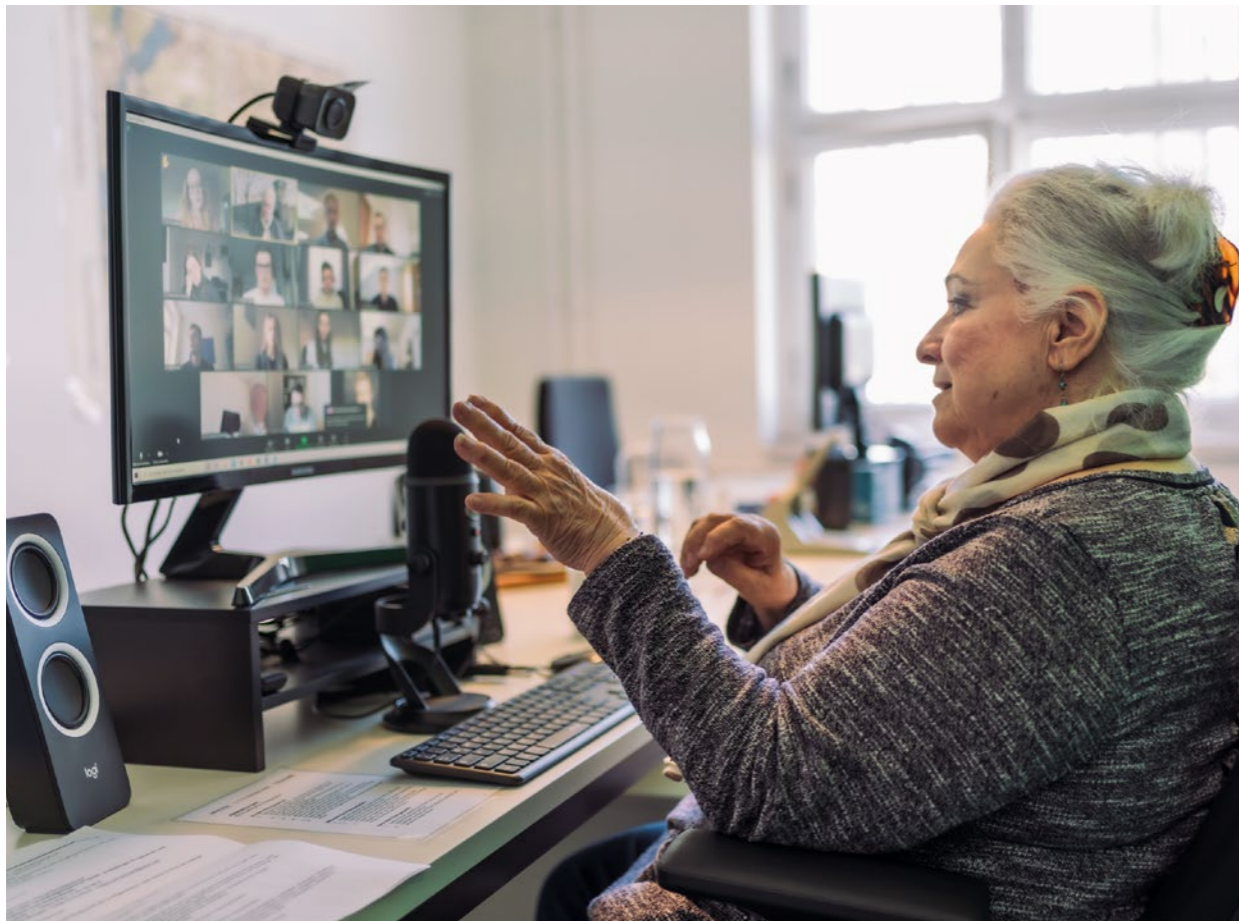
Allein im März 2022 veranstalteten – auch angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine – Schulen und Bildungseinrichtungen insgesamt 162 Zeitzeugengespräche (2021: 64). Die Themen Kalter Krieg, Heimatverlust, Flucht und Neubeginn erhielten damit in den Zeitzeugenbegegnungen verstärkte Beachtung. Lehrkräfte sehen die enorme Bedeutung der Diktaturerfahrungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, um in Gegenwart und Zukunft hineinzuwirken. Hervorzuheben ist hierbei eine verstärkte Kooperation des KZB im Rahmen von

Integrations- und Unterstützungsangeboten für Geflüchtete. Eine Zeitzeugin führte in beiden Projektjahren insgesamt 46 Gespräche mit Asylsuchenden, vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine, an verschiedenen Berliner Gemeinschaftsunterkünften durch. Das Angebot wurde von einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin des KZB begleitet. Die besondere Wirkungskraft dieses sensiblen Formats ließ sich so vor Ort prüfen und bestätigt, dass eine Förderung sinnvoll ist.

Wiederholt veranstalteten Baden-Württemberg, Sachsen, Berlin und Bayern bundesweit die meisten Zeitzeugengespräche. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl fanden am häufigsten Zeitzeugenbegegnungen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen statt. Vorwiegend Gymnasien luden mit 47 Prozent (2021: 45 Prozent) zu einem Zeitzeugengespräch ein, gefolgt von den Haupt- und Realschulen mit 10 Prozent (2021: 7 Prozent). Erhöht hat sich das Interesse der Universitäten und Hochschulen (5 Prozent; 2021: 9 Prozent). Das Feedback untermauerte, dass sich selbst die Schülerinnen



↑ Gespräch der Zeitzeugin Anne Hahn mit einer Schulklasse des Paul-Natorp-Gymnasiums Berlin am 9. November 2021, das das Koordinierende Zeitzeugenbüro vermittelt hat.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



↑ Zeitzeugin und Besucherreferentin Edda Schönherz in einem Online-Gespräch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung am 18. März 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

und Schüler, die bisher wenig Interesse an Politik und Geschichte zeigten, nach einem Zeitzeugengespräch aktiver am Unterricht beteiligten, ein größeres Demokratiebewusstsein entwickelten und eigenständig zum Thema weiter recherchierten.

Aufwändig aktualisiert wurde im Projektzeitraum die Website des KZB www.ddr-zeitzeuge.de. Professionell gefertigte Fotos von analogen und digitalen Veranstaltungen befinden sich jetzt in einer Slideshow auf der Start- und auf mehreren Unterseiten. Neu entstanden ist eine englischsprachige Unterseite, die fremdsprachige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen präsentiert und damit das gestiegene Interesse internationaler Veranstalter bedient. 36 Teaser mit Ausschnitten aus z. T. neu geführten lebensgeschichtlichen Zeitzeugeninterviews sind auf der Startseite zu sehen, um die besondere Lernerfahrung

eines Zeitzeugenbesuchs noch stärker zu bewerben. Spezielle Würdigung erhalten jetzt die verstorbenen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf der ebenfalls neuen Unterseite „In Memoriam“.

Auch in den Reihen der ca. 240 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen hat sich das thematische Spektrum erweitert. Neu aufgenommen wurde z. B. ein ehemaliger jugendlicher IM, der in den Gesprächen über seine Zusammenarbeit mit dem Staatsicherheitsdienst und über seinen schwierigen Ausstieg berichtet. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die über die DDR-Umweltbewegung informieren können, spannen den Bogen zur aktuellen Klimakrise. Außerdem erhöhte sich der Anteil von Frauen: 65 Zeitzeuginnen stehen mittlerweile für die Arbeit an Schulen zur Verfügung. Mit Abklingen der Corona-Krise wurde auch das Führen der Interviews wieder aufgenommen.

Im Rahmen der Qualitätssicherung begleitete das dreiköpfige Projektteam mehrere Zeitzeugengespräche im Onlineformat und in Präsenz. Hospitiert wurden hierbei sowohl die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die seit Jahren sehr häufig im Einsatz an Schulen und Bildungseinrichtungen sind, als auch die Personen, die 2021 und 2022 neu in das Programm aufgenommen wurden. Zudem ließ das KZB sein Bildungsangebot extern wissenschaftlich evaluieren. Die Ergebnisse einer Studie des Hector-Instituts für Empirische Bildungsforschung an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen zur Untersuchung der Chancen und Risiken für historisches Lernen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen belegten 2021 das hohe Motivationspotential, das die Zeitzeugengespräche für die Unterrichtsarbeit liefern. Es zeigte sich, dass die Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen durch die Lehrkräfte unabdingbar sind und die vom KZB eigens dafür neu entwickelten Hinweise praxisnahen Mehrwert besitzen.

Auf Initiative des KZB-Teams konnte die Aufwandsentschädigung für Zeitzeugengespräche im Projektjahr zeitweise von 100 EUR auf 200 EUR erhöht werden. Dies erfolgte mit Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Denn Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mussten ihre Gespräche unter erschwerten Pandemie-Bedingungen durchführen und sich dabei in verschiedene Onlineformate einarbeiten.



↑ Der belarussische Volny-Chor bei seinem Auftritt am Jahrestag des Mauerfalls in der Gedenkstätte am 9. November 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



↑ Online-Führung durch das Haftkrankenhaus am 16. Mai 2021 mit dem Zeitzeugen Mario Röllig und dem Politologen Tobias Voigt. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bot ihrem Publikum in den Jahren 2021 und 2022 zahlreiche, allesamt kostenfreie Veranstaltungen an. Die Formate erstreckten sich von Podiumsdiskussionen und Ausstellungseröffnungen über Gedenkfeiern und Konzerte bis hin zur Beteiligung an Thementagen, wie dem Internationalen Museumstag, dem Tag des offenen Denkmals oder der Langen Nacht der Museen. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie wurden Veranstaltungen nicht nur vor Ort, sondern auch online oder hybrid angeboten.

Schlaglichter 2021

Zum Internationalen Museumstag im Mai war die Gedenkstätte coronabedingt für den Besucherverkehr geschlossen. Der Zeitzeuge Mario Röllig und der Politologe Tobias Voigt realisierten zu diesem Anlass eine Live-Führung durch das Haftkrankenhaus des ehemaligen Stasi-Gefängnisses. Zuschauerinnen und Zuschauer verfolgten über YouTube den Rundgang durch diesen Ort, an dem Inhaftierte nicht gesund, sondern vernehmungsfähig werden sollten.

Mit dem Künstler Gino Kuhn und der Kapelle der Versöhnung organisierte die Gedenkstätte die Kunstausstellung „Die Berliner Mauer immer vor Augen“. Vom 17. August bis 30. September 2021 wurden Werke des ehemals politisch Inhaftierten ausgestellt. Gino Kuhn verarbeitet bis heute seine traumatischen Erfahrungen in den Haftanstalten der Staatssicherheit der DDR in seiner Kunst. Der Westdeutsche war 1975 bei dem Versuch, DDR-Bürgerinnen und Bürger über die innerdeutsche Grenze zu schmuggeln, verhaftet worden. Die Kapelle der Versöhnung zeigte in ihrem Wandelgang Reproduktionen, die Originale waren in Hohenschönhausen zu sehen. Die Ausstellung war Teil des Programms der Stiftung Berliner Mauer, das an den 60. Jahrestag des Mauerbaus und seine Folgen erinnerte.

Zum Thementag Ende August griff die Gedenkstätte unter dem Titel „Wir wollten frei sein – Musik und Haft in der DDR“ das Thema der Ausstellung „Bone Music“ der benachbarten Villa Heike auf. In einem vielfältigen Programm ging man den Fragen nach, was Menschen in der DDR für ihre Musik riskierten, welche Erfahrungen



↑ Konzert von Christian Kunert und Salli Sallmann beim Thementag „Wir wollten frei sein – Musik und Haft in der DDR“ am 13. August 2021. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Go2know



↑ Podiumsdiskussion im Rahmen des Thementags „Wir wollten frei sein – Musik und Haft in der DDR“ am 13. August 2021, v. l. n. r. Steen Lorenzen, Michael Rauhut und Bernd Stracke. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Go2know



↑ 13. Hohenschönhausen-Forum am 18. November 2021 in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, v. l. n. r. Linda Teuteberg, Dr. Karamba Diaby, Dr. Michael Borchard und Thorsten Frei. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

sie mit Schmuggel und Zensur machten und welche illegalen Konzerte oder Tonträger sie besonders bewegten. Auf dem Podium tauschten sich Alexander Pehlemann – DJ und Journalist, der Musikwissenschaftler Prof. Dr. Michael Rauhut, der Liedermacher Salli Sallmann und Bernd Stracke, ehemaliger Punk, unter der Moderation von Steen Lorenzen von Radio Eins aus. Stephen Coates und Paul Heartfield von Bone Music stellten vor, wie in der ehemaligen Sowjetunion verbotene Musik heimlich auf Röntgenbilder geritzt wurde. Das anschließende Konzert der ehemals in Hohenschönhausen inhaftierten Liedermacher Salli Sallmann und Christian Kunert wurde nach diesem Prinzip auf Röntgenbild aufgezeichnet.

Noch bis zum Tag des offenen Denkmals war die Kunstinstallation „Am Telefon sagt man nix“ der Gruppe Üb3r auf dem Innenhof der Gedenkstätte zu sehen. An der neongelben Säule konnten sich Besucherinnen und Besucher von der Stasi heimlich abgehörte Telefonate aus den 1980-er Jahren anhören. Mit dem Projekt will Üb3r auch für den Schutz der eigenen Daten in der heutigen Zeit sensibilisieren.

Mitte November lud die Gedenkstätte mit der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Flucht aus politischen Gründen in der deutschen und europäischen Zeitgeschichte und Gegenwart“ zum 13. Hohenschönhausen Forum ein. Anlässlich des Gedenkjahres zu 60 Jahre Mauerbau setzte man sich in einer Live-Übertragung aus der Landesvertretung Sachsen-Anhalt mit historischen und aktuellen Aspekten von Flucht auseinander. Die Teilnehmenden warfen einen Blick auf Flucht als Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie im Kontext der deutschen Teilung. Frau Prof. Gillian Triggs vom UNHCR diskutierte mit Thorsten Frei (CDU/CSU), Dr. Karamba Diaby (SPD) und Linda Teuteberg (FDP) als Mitglieder des deutschen Bundestages sowie Frau Prof. Dr. Marina Münkler von der Technischen Universität Dresden über „Flucht vor der Diktatur: Eine Herausforderung der internationalen Politik im 21. Jahrhundert“.



↑ ↗ In der Lesereihe „Bücher wider das Vergessen“ stellten fünf Autorinnen und Autoren ihre Bücher vor, in denen sie sich mit den Themen politischer Verfolgung, Schuld und Erinnerung befassen, o. Bianca Schaalburg, l. Steffen Hahn, r. Titus Müller, ganz r. Uschi Otten. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2022



Schlaglichter 2022

In der Lesereihe „Bücher wider das Vergessen“ stellten Autorinnen und Autoren in der Gedenkstätte literarische Werke unterschiedlichen Genres zu Repressions- und Haftenerfahrungen in der DDR oder Sowjetunion vor. Die Reihe fand im ersten Halbjahr 2022 im monatlichen Rhythmus statt:

- Den Auftakt bildete Steffen Hahn mit der Familienbiografie „Von Grenzen und Stegen. Die Geschichte einer deutsch-deutschen Familie“.
- In „Den Tagen, die kommen, gewachsen zu sein“, hat Uschi Otten den Weg von Zenzl Mühsam durch NS- und DDR-Diktatur nachgezeichnet.
- Vytene Muschick stellte erstmals in deutscher Übersetzung die Manuskripte von Dalia Grinkevičiūtė „Aber der Himmel – grandios“ (ein Standardwerk aus Litauen) vor.
- Es folgte die Graphic Novel „Der Duft der Kiefern. Meine Familie und ihre Geheimnisse“ der Autorin Bianca Schaalburg.
- Zum Abschluss fand eine Lesung zum Roman „das zweite Geheimnis“ der bekannten Spionagereihe von Titus Müller statt.

Die Autorinnen und Autoren gaben im Anschluss an die Lesungen Einblicke in den Schaffensprozess und ihre Motivation zur Thematik. In den Diskussionen kam immer wieder zur Sprache, wie aktuell die Themen Freiheit und Menschenrechte sind. Die Lesungen besuchten insgesamt 112 Besucherinnen und Besucher.

Am 25. Juni 2022 öffnete die Gedenkstätte ihre Tore für die Öffentlichkeit und bot ein vielfältiges Programm an. Unter dem Thema „Flugwege – Fluchtwege“ wurde in Kooperation mit dem Militärhistorischen Museum Flugplatz Berlin-Gatow der Fokus auf spektakuläre Fluchtarten aus der DDR gerichtet. Die Wissenschaftlerin Dr. Doris Müller-Toovey diskutierte mit dem Journalisten und Autor Bodo Müller und den Zeitzeugen Michael Schlosser und Lothar Weber über gewagte Fluchtversuche mit Luftfahrzeugen in Zeiten des Kalten Krieges. Michael Schlosser stellte den von ihm angefertigten Nachbau seines Leichtflugzeugs vor; 1983 hatte er geplant, mit

diesem selbstkonstruierten Fluggerät aus der DDR zu fliehen, wurde aber zuvor verhaftet. Besucherinnen und Besucher konnten neben dem ehemaligen Gefängnisgebäude auch das Haftkrankenhaus, die Strafgefangenenküche sowie das umliegende Sperrgebiet besichtigen. Musikalischer Höhepunkt war das Open-Air-Konzert des Blues-Sängers Harro Hübner, der selbst nach einem gescheiterten Fluchtversuch über Ungarn 1989 in Hohenschönhausen inhaftiert wurde. Der Thementag war Teil des Kultursommerfestivals Berlin 2022.

Im Oktober wurde die Datenbank „Haft in der DDR“ des Teilprojekts „Daten politischer Verfolgung“ vorgestellt. Neben dem Sprecher des Verbunds, Prof. Dr. Jörg Baberowski, und der Vizepräsidentin des Bundesarchivs, Alexandra Titze, eröffneten auch Dr. Rolf Geserick als DLR-Projektträger und Evelyn Zupke, die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, die Veranstaltung. Die Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Dr. Jutta Braun und Peter Keup unter Moderation von Sebastian Richter gab Impulse für den fachlichen Austausch beim anschließenden Empfang.

Zum Jahrestag des Mauerfalls und des Novemberpogroms war der belarussische Volny-Chor zu Gast in Berlin und Potsdam. Gemeinsam mit den Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der Länder Brandenburg und Berlin, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Berliner Mauer organisierte die Gedenkstätte eine Konzertreihe, um ein Zeichen der Solidarität für die Opfer von politischer Repression und staatlichem Terror zu setzen. Der Chor gründete sich im Sommer 2020 als Reaktion auf die manipulierten Wahlen

in Belarus. Viele seiner 150 Mitglieder befinden sich im Exil. Zu ihren Konzerten tragen sie Masken, um sich selbst und ihre Angehörigen vor Verfolgung zu schützen. In einem emotionalen Konzert präsentierte der Volny-Chor belarussische Freiheitslieder und machte auf die aktuellen Zustände in Belarus und den Widerstand gegen die Staatsgewalt aufmerksam. Die Gäste waren tief bewegt von dem Konzert. Auch für das Organisationsteam der Gedenkstätte war die Begegnung mit den Chormitgliedern ein ganz besonderer Moment im Jahr 2022.

Die Gedenkstätte Hohenschönhausen erinnerte am 10. November 2021 und am 19. Oktober 2022 in Kooperation mit dem Bezirksamt Lichtenberg an die Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3. Bis 1945/46 wurden auf dem Gelände der heutigen Gedenkstätte über 17.000 Menschen in dem Lager interniert, hunderte starben aufgrund der katastrophalen Bedingungen und Folter. Der Direktor der Gedenkstätte, Dr. Helge Heidemeyer, der Bezirksbürgermeister Michael Grunst und Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gedachten mit anderen politischen Vertreterinnen und Vertretern des Bezirks Lichtenberg der Opfer.



↑ Zum Thementag „Flugwege – Fluchtwege“ am 5. Juni 2022 stellte Michael Schlosser den Nachbau seines selbst gebauten Flucht-Flugzeugs aus. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Beatrice Berthel

← Führung mit dem Zeitzeugen Friedemann Körner beim Thementag 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Beatrice Berthel

← Gedenkfeier zur Erinnerung an die Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 auf dem Friedhof der Gärtnerstraße in Hohenschönhausen am 10. November 2021 mit musikalischer Begleitung von Bodo Kommnick auf der Gitarre. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



Zentrales Tätigkeitsfeld der Stabsstelle Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Gedenkstätte in den Jahren 2021/2022 war die Entwicklung, Implementierung und Weiterführung eines neuen Corporate Designs. Das neue Logo besteht aus einer eigens entwickelten Schrift, der HSH-Display. Diese wird mit einer korrespondierenden Schrift, der Executive, die für alle Schrift- und Langtexte verwendet wird, zu einem deutlichen Wiedererkennungsmerkmal. Wichtig war besonders die deutliche Hervorhebung des „Markenkerns“ Hohenschönhausen. Erzielt wurde ein einheitliches, wiedererkennbares Bild in den verschiedenen Medien und Kommunikationskanälen.

Der Informationsflyer wurde in zehn Sprachen übersetzt, darunter erstmals in Türkisch und Arabisch, um auch Besucherinnen und Besucher mit Migrationsgeschichte zu berücksichtigen.

Mit neu entwickelten, nachhaltigen Give-Aways konnte die Gedenkstätte bei öffentlichen Auftritten wie beispielsweise auf der re:publica, der Geschichtsmesse in Suhl und dem Tag der Deutschen Einheit 2022 in Erfurt ihre Sichtbar-

keit deutlich erhöhen. Die Give-Aways wurden im Hinblick auf eine nachhaltige Produktion ausgewählt und gezielt mit einzelnen Paragraphen des Grundgesetzes verbunden. Besonders die Umhängetasche mit dem Schriftzug FREIHEIT erfreut sich einer großen Beliebtheit.

Auf dem neuen Corporate Design basierend arbeitete die Stabsstelle 2022 an der Konzeption und Entwicklung eines funktionalen, in sich geschlossenen, visuellen Wegeleitsystems für die Gedenkstätte. Dieses wurde mit der Agentur Faitschlichter ausgearbeitet und im Jahr 2023 installiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit bestand – vor allem während der corona-bedingten Schließzeit – im Ausbau der Social-Media-Kanäle. Ende 2021 hatte die Gedenkstätte 6.574 Follower auf Facebook, 1.379 Follower auf Instagram und 379 Follower auf YouTube. Die Gedenkstätte entwickelte u. a. die neue Reihe „Am Tag der Verhaftung“, die Kurzbiografien von politisch Inhaftierten aus vier Jahrzehnten vorstellt. 2022 wurde im Bereich der Social-Media-Kanäle das neue Corporate

↑ Neue Werbematerialien und Give Aways der Gedenkstätte.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2022



↑ Kultursenator Dr. Klaus Lederer und Dr. Helge Heidemeyer begrüßten am 15. Dezember 2021 den sechsmillionsten Besucher in der Gedenkstätte.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



↑ Kulturstaatsministerin Monika Grütters war am 14. April 2021 zu Gast in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



↑ Dreh eines italienischen Filmteams für den Fernsehsender Rai 3. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2021

Design der Gedenkstätte eingeführt, was auch dort den Wiedererkennungswert steigerte. Ende 2022 hatte die Gedenkstätte 6.889 Follower auf Facebook, 1695 Follower auf Instagram und 547 Follower auf YouTube.

Die Gedenkstätte informierte medienwirksam über Veranstaltungen, Ausstellungen und andere Aspekte ihrer Arbeit über Pressemitteilungen, Website und Social-Media-Kanäle sowie Printmedien. Sie publizierte insgesamt 14 Pressemitteilungen.

Trotz der Einschränkungen aufgrund der Pandemie konnten Pressetermine unter Einhaltung der Hygienevorschriften ausgerichtet werden. Drei aufeinanderfolgende Termine im April 2021 fanden zum Abschluss der Bautätigkeiten des BA II statt: Der erste mit der Staatsministerin für Kultur und Medien, Frau Professor Monika Grütters, der zweite mit dem Senator für Kultur und Europa sowie Stiftungsratsvorsitzendem, Herrn Dr. Klaus Lederer, und ein eigener für Pressevertreterinnen und Pressevertreter. Im Juli 2021, schon drei Wochen nach ihrer Ernennung, besuchte die erste Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Frau Evelyn Zupke, die Gedenkstätte. Die Erinnerungstafel zum Frauengefängnis in der Grünauer Straße, die in Kooperation mit der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa und der Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern erstellt wurde, konnte im Oktober 2021 in Berlin-Köpenick der Öffentlichkeit übergeben werden. Mitte Dezember begrüßte die Gedenkstätte in Anwesenheit des Stiftungsratsvorsitzenden, Herrn Dr. Klaus Lederer, den sechsmillionsten Besucher, den Schüler Louis Koepsell der 13. Klasse am OSZ Strausberg.

Als serviceorientierte Einrichtung verfolgt die Stiftung den Anspruch, Anfragen von Journalistinnen und Journalisten zeitnah und qualifiziert nachzukommen. Presstermine wurden von den Mitarbeitenden betreut oder mit der Bereitstellung von Dokumenten und Fotos unterstützt. Zudem vermittelte das Team auf Anfrage mehrere Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Durch eigene Medienbeobachtung (Pressepiegel) wurden 2021 nahezu 600 Print- und Online-Artikel sowie Fernseh- bzw. Radiobeiträge registriert, im Jahr 2022 430, in denen die

Pressetermine, Veranstaltungen, die ehemalige Untersuchungshaftanstalt, die Gedenkstätte oder ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Erwähnung fanden.

Im Berichtszeitraum betreute das Kommunikationsteam zahlreiche Dreharbeiten in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit. Dabei handelte es nicht nur um journalistische Formate und Dokumentarfilme, sondern auch um Filme für das nationale und internationale Fernsehen.

Im Mai 2021 drehte Radiotelevisione Italiana für die Sendung Città Segrete mit dem Zeitzeugen Gerd Zimmermann in der Gedenkstätte. Die Sendung mit Moderator Corrado Augias wurde am 23. Dezember 2021 ausgestrahlt und hatte über eine Million Zuschauer. Aus dem Projekt entstanden weitere Dreharbeiten für italienische Schulbuchmaterialien. Im Jahr 2022 filmte der Schauspieler Jan Josef Liefers mit dem Zeitzeugen Thomas Raufeisen für die Dokumentation zu seinem Spielfilm „Honecker und der Pastor“. Für das 3sat-Format „Beim Pelzig auf der Bank“ wurde zum Thema Freiheit mit Ulrike Poppe in der Gedenkstätte gedreht. Im Oktober 2022 schließlich fanden Dreharbeiten mit dem Zeitzeugen Hans Schulze für eine Netflix-Serie über den Kalten Krieg statt.

Der Haftort Hohenschönhausen ist weiterhin ein historisch interessantes Fotomotiv. Die seit 2020 bestehende Zusammenarbeit mit dem Fotoanbieter Go2Know wurde in den Jahren des Berichtszeitraums erfolgreich fortgeführt. Und auch die Workshops der Leica Akademie Deutschland konnten wieder ausgerichtet werden.

Nicht zuletzt stieß die Arbeit der Stabsstelle Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in der universitären Ausbildung auf Interesse. 2022 hielt das Team ein Seminar für Studentinnen und Studenten der Kommunikation der Windesheim University Zwolle (Niederlande) in Hohenschönhausen und für Studentinnen und Studenten der Public History an der FU Berlin.



↑ Modell der Gefängnisanlage im Sperrbezirk mit Blick auf den Vernehmertrakt.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Dirk Vogel, 2022

Haushalt

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist eine rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin. Zur Finanzierung ihrer Arbeit erhält die Stiftung einen institutionellen Zuschuss des Landes Berlin sowie eine institutionelle Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Die Stiftung hatte zudem weitere Einnahmen, insbesondere durch die Entgelte, für die geführten Rundgänge. Für die Stiftung gelten die haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes Berlin und des Bundes. Der Haushalt wird nach kamerale Grundsätzen geführt. Nach Abschluss eines Haushaltsjahres prüft ein externer Wirtschaftsprüfer den Umgang mit den finanziellen Mitteln der Stiftung.

2021 betrug die institutionelle Förderung durch Bund und Land 6,544 Millionen Euro. Der Anteil des Bundes betrug 2,085 Millionen Euro, davon 380.000 Euro für das Koordinierende Zeitzeugenbüro. Aus dem Berliner Landeshaushalt erhielt die Stiftung Mittel in Höhe von 4,459 Millionen Euro, darunter ein zweckgebundener Zuschuss in Höhe von 2,346 Millionen Euro für Miete und Betriebskosten, 385.000 Euro für das Projekt „Erinnerungsort Keibelstraße“, 75.000 Euro für das Programm „Digitaler Wandel“ und 9.600 Euro für Digitalisierungszwecke.

2022 betrug die institutionelle Förderung durch Bund und Land 6,626 Millionen Euro. Der Anteil des Bundes betrug 2,117 Millionen Euro, davon 380.000 Euro für das Koordinierende Zeitzeugenbüro. Der Anteil des Landes betrug 4,509 Millionen Euro. In den Berliner Mitteln waren zweckgebundene Zuschüsse in Höhe von 2,294 Millionen Euro für Miete und Betriebskosten, 385.000 Euro für das Projekt „Erinnerungsort Keibelstraße“ sowie 56.000 Euro für Investitionen in die IT-Infrastruktur enthalten.

Zusätzlich stellte das Land Berlin im Berichtszeitraum 1,5 Lehrerstellen zur Verfügung, deren Kosten in Höhe von 75.000 Euro von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie getragen wurden.

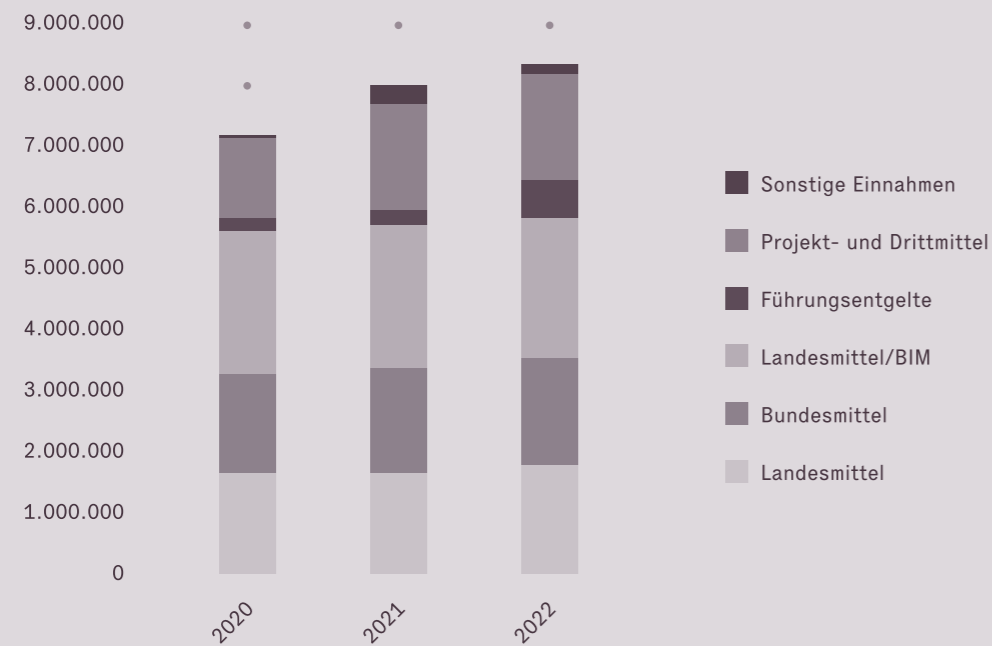
Die Gedenkstätte erhielt zudem Projektmittel sowie weitere Kostendeckungsbeiträge, insbesondere in Form von Führungsentgelten und Spenden. Die Einnahmen aus den Führungsentgelten gingen im Jahr 2021 mit dem pandemiebedingt geringeren Besucheraufkommen auf 231.000 Euro zurück, und betragen im Folgejahr bereits wieder 619.000 Euro. 2022 verzeichnete die Gedenkstätte 150.000 Euro Einnahmen aus Veröffentlichungen, Drehgenehmigungen, Mieteinnahmen und Spenden (2021: 305.000 Euro).

Neben dem institutionellen Haushalt hat die Gedenkstätte umfangreiche Drittmittel für verschiedene Projekte akquiriert:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien stellte für 2021 und 2022 jeweils 380.000 Euro für die Vermittlung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen an Schulen im Rahmen des Koordinierenden Zeitzeugenbüros zur Verfügung. Das Projekt „Histories2gether“, das bis Oktober 2021 neue Vermittlungsangebote für die Gedenkstättenarbeit erarbeitet und umgesetzt hat, wurde durch die BKM mit 97.000 EUR unterstützt. Für das Ausstellungsprojekt „In Zwangsgemeinschaft“ erhielt die Gedenkstätte insgesamt 302.000 Euro von der BKM, der Lottostiftung Berlin sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unterstützte die Aufklärung Jugendlicher über die Gefahren des Linksextremismus mit jährlich 200.000 Euro. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stellte der Gedenkstätte im Berichtszeitraum 734.000 EUR für das Verbundprojekt „Landschaften der Verfolgung“ zur Verfügung. Das Projekt „Jugend erinnert“ wurde im Berichtszeitraum mit 147.000 Euro aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt.

Aufstellung der Einnahmen durch Landesmittel, Bundesmittel, Führungserlöse sowie sonstige Einnahmen (2020 bis 2022)



Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Haushaltsjahre 2021 und 2022 im Vergleich (Stand: März 2023)

Einnahmen	2021 (Euro)	2022 (Euro)
Zuwendung Bund	1.705.000	1.737.000
Zuschuss Land	4.459.600	4.509.000
Führungsentgelte	230.994	619.202
Projekt- und Drittmittel	1.267.647	1.281.361
Sonstige Einnahmen	305.713	150.471
Überschuss des Vorjahres	603.873	891.075
Summe	8.572.827	9.188.109
Ausgaben	2021 (Euro)	2022 (Euro)
Personalausgaben	3.304.975	4.105.956
(davon Honorare für Führungen)	743.951	1.056.748
Sächliche Verwaltungsaufgaben	850.392	680.331
Zweckausgaben	574.338	453.307
Bewirtschaftungskosten	2.732.756	2.642.806
Rückzahlung an Bund/Land inkl. Drittmittel	209.913	98.255
Summe	7.672.374	7.980.655
Kassenmäßiges Ergebnis	900.453	1.207.454
Übertragbarer Haushaltsrest	16.482	60.954

Des Weiteren erhielt die Gedenkstätte 2021 und 2022 Landesmittel für die Erforschung des ehemaligen Polizeigefängnisses in der Keibelstraße in Höhe von jährlich 385.000 Euro. Weitere 126.000 Euro flossen der Gedenkstätte von der BKM zu.

Zur Finanzierung der Stelle einer Digitalmanagerin stellte das Land Berlin 75.000 Euro aus dem Innovationsförderfonds zur Verfügung. 2022 erhielt die Gedenkstätte weitere 56.000 Euro für Digitalisierungsmaßnahmen der IT-Infrastruktur.

Insgesamt beliefen sich die Drittmittel im Jahr 2021 auf 1,727 Millionen Euro und im Jahr 2022 auf 1,722 Millionen Euro. Weiter stellten die Hessische Landeszentrale für politische Bildung sowie die Bundeszentrale für politische Bildung Mittel zur Verfügung.

Die Ausgaben der Stiftung gliederten sich in Personalkosten, sachliche Verwaltungsausgaben, Zweckausgaben, Bewirtschaftungskosten sowie Rückzahlungen an Bund und Land. Mit etwa 43 Prozent im Jahr 2021 sowie etwa 51 Prozent im Jahr 2022 entfiel der größte Anteil auf die Personalkosten, die 3,305 Millionen Euro 2021 und 4,106 Millionen Euro 2022 betragen. Für die Gehälter und Löhne der fest

angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 1,267 Millionen Euro (2021) bzw. 1,325 Millionen Euro (2022) aufgewendet. Die Projektbeschäftigten erhielten 668.000 Euro (2021) bzw. 1,187 Millionen Euro (2022). Die Kosten für weitere Hilfskräfte und befristet Beschäftigte beliefen sich auf 626.000 Euro (2021) bzw. 538.000 Euro (2022).

Hinzu kamen die Honorare für die Besucherreferentinnen und -referenten sowie Ausgaben für sonstige Honorarkräfte und Werkverträge. Diese lagen zusammen bei 744.000 Euro (2021) bzw. 1,058 Millionen Euro (2022). Auch hier sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie, vor allem im Jahr 2021, zu spüren. Die Sachausgaben (sächliche Verwaltungsausgaben und sonstige Bewirtschaftungskosten) beliefen sich 2021 auf 3,583 Millionen Euro und 2022 auf 3,232 Millionen Euro. Den größten Posten bildeten die Miete und Betriebskosten für die Liegenschaft mit 2,726 Millionen Euro (2021) bzw. 2,632 Millionen Euro (2022).

Weitere Ausgaben fielen für Zweckausgaben wie Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Sachausgaben aus Drittmitteln an. 2021 waren dies 574.000 Euro, 2022 453.000 Euro.

Personal

Der Stellenplan der Gedenkstätte sah im Berichtszeitraum 21 Stellen vor. Dazu kamen bis zu 30 weitere vor allem aufgrund von Drittmittelprojekten befristete Stellen, Volontariate, studentische Hilfskräfte sowie geringfügig Beschäftigte.

Im Stellenplan gab es 2021 im Vergleich zu den Vorjahren diverse Veränderungen. Eine Stelle im Bereich Haustechnik wurde von E 5 auf E 8, die Vorstandsreferentin von E 9 auf E 11 sowie die Verwaltungsleitung von E 11 auf E 13 angehoben. In der Verwaltung wurde eine neue Stelle E 9b Haushalt/Vergabe geschaffen. Die Aufteilung in die Eingruppierungen E 9a und E 9b erfolgte 2022. Die Stellenhebungen waren notwendig geworden, um die Vergütung an die tatsächlichen Arbeitsaufgaben und Verantwortlichkeiten anzupassen.

Weiterhin konnten 2021/22 sieben Volontariate vergeben werden, die in allen Bereichen sowie der Geschäftsleitung angesiedelt sind. Die Volontärinnen und Volontäre erhalten in ihrer zweijährigen Ausbildung einen intensiven Einblick in die Gedenkstättenarbeit. Grundlage bilden Rahmenbedingungen für Volontärinnen und Volontäre nach Maßgabe des Landes Berlin sowie Ausbildungspläne, die je nach Bedarf eine Rotation innerhalb des Hauses vorsehen.

Im Berichtszeitraum konnte die Gedenkstätte zahlreiche Drittmittelprojekte installieren bzw. verlängern. Das Projekt „Linksextremismus in Geschichte und Gegenwart“, das im Bereich Bildung und Vermittlung angesiedelt ist, konnte mit drei Beschäftigten erfreulicherweise auch 2021 und 2022 weitergeführt werden. Auch das seit 2011 tätige Koordinierende Zeitzeugenbüro mit insgesamt drei Stellen ist weiterhin gesichert. Das BKM-finanzierte Drittmittelprojekt „Histories2gether“ mit zwei Mitarbeiterinnen wurde im Oktober 2021 abgeschlossen. Für das Ausstellungsprojekt „In Zwangsgemeinschaft“ arbeiteten seit Sommer 2021 zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen. Im Anfang 2019 initiierten Forschungsprojekt „Daten politischer Verfolgung“ im Rahmen des Projektverbunds Landschaften der Verfolgung arbeiteten vier wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mit-



↑ Die Mitarbeitenden der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen vor den FREIHEIT-Buchstaben des türkischen Bildhauers Hüseyin Arda im Rosenhof.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2023

Stellenplan (Soll/Ist) zum 31.12.2022

Eingruppierung nach TV-L	Stellenplan 2022	Ist	Abweichung
AT B2	1	1	0
E 13	6	6	0
E 11	3	3	0
E 9b	5	5	0
E 9a	2	2	0
E 8	1	1	0
E 6	1	1	0
E 5	2	2	0
Gesamt	21	21	0

arbeiter sowie ein Projektleiter. Im vom Land und Bund finanzierten Forschungsprojekt „Erinnerungsort Keibelstraße“ arbeiteten seit Ende 2021 drei Kolleginnen und Kollegen. Anfang 2022 startete das aus Mitteln der BKM von der Bundesstiftung Aufarbeitung finanzierte Projekt „Jugend erinnert“ mit einer Teilzeitbeschäftigten. Im Mai 2022 nahm die Digitalmanagerin ihre Arbeit auf.

Zusätzlich waren in der Pädagogischen Arbeitsstelle drei vom Land Berlin abgeordnete Lehrkräfte mit fünfzig Prozent ihrer Arbeitskraft tätig. Mit dem Schuljahr 2022/23 wurden die Einsatzstunden auf ein Drittel der Arbeitszeit (9h pro Woche) reduziert.

Die Personalgewinnung sowie die Stellenbesetzungsverfahren waren vor allem 2021 stark geprägt von den Corona-Maßnahmen. Vorstellungsgespräche wurden im Lockdown digital durchgeführt, während die Einarbeitungsphase häufig im Home-Office stattfand. Zusätzlich stellte der Fachkräftemangel die Teams und die Bereichsleitungen vor zusätzliche Herausforderungen bei der Personalfindung.

Corona hatte auch Auswirkungen auf Fort- und Weiterbildungen sowie andere Personalentwicklungsmaßnahmen. Viele Beschäftigte entschieden sich für Seminare per Videokonferenz oder

nahmen digital an hybriden Veranstaltungen teil. Die Gedenkstätte bot für ihre Beschäftigten verschiedene In-House-Weiterbildungen an, unter anderem zu den Themen Daten- und Informationsschutz, Arbeits- und Brandschutz, Umgang mit Microsoft 365 oder Diversity. Der Betriebsarzt informierte zum Thema Mobbing und Diskriminierung, die Frauenvertretung organisierte für die weiblichen Beschäftigten einen Workshop zum Thema Sexismus und Empowerment. Für die Volontärinnen und Volontäre fand 2021 ein mehrtägiger Workshop über Projekt- und Zeitmanagement sowie eine mehrtätige Weiterbildung zum Videodreh und -schnitt statt. Hinzu kamen zahlreiche individuelle Fort- und Weiterbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zusammen mit den rund 100 Besucherreferentinnen und -referenten und den etwa 20 Servicekräften beim Besucherdienst, der Gebäudereinigung und dem Wachschatz arbeiteten Ende 2022 in etwa 170 Personen in der Gedenkstätte.



↑ Mitarbeitende aus verschiedenen Bereichen der Gedenkstätte werden in Aufnahmetechniken und Videobearbeitung geschult. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2021



↑ Die Abnutzungserscheinungen durch das hohe Besucheraufkommen sind teilweise so stark, dass die Tapeten irreversible Schäden genommen haben und nicht mehr erhalten werden konnten. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Dirk Vogel, 2021

Bautätigkeit

Nach der Schließung des Gefängnisses Hohenschönhausen im Oktober 1990 standen die Gebäudeteile mehrere Jahre unbeheizt leer, was aufgrund der schlecht isolierten Außenwände zu einem baulichen Verfall führte. Im Oktober 1992 wurden die zur ehemaligen Haftanstalt gehörenden Gebäudeteile als Baudenkmal eingetragen und unter Denkmalschutz gestellt. Zu den zentralen Aufgaben der Stiftung gehören deshalb seit ihrer Gründung der Erhalt und die Pflege der denkmalgeschützten Anlage als historischer Ort der politischen Verfolgung. Dabei ist es wichtig, dass der authentische Charakter der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit bewahrt wird. Es ist eine besondere Aufgabe, den historischen Ort mit Augenmaß an die Erfordernisse einer musealen Einrichtung mit Besucherbetrieb in den Bereichen Sicherheit, Brandschutz, Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit anzupassen, aber auch wichtige museale Funktionsräume zu schaffen und den Bestand zu erhalten. Das übergeordnete Ziel ist, die Gebäude und Räumlichkeiten der Gedenkstätte zu pflegen und die Spuren von Haftregime, Haftalltag und damit verbundenes Unrecht und Leid sichtbar zu halten. Denn auch für künftige Generationen soll die denkmalgeschützte Gefängnisanlage als Geschichtsort erhalten bleiben.

Alle Maßnahmen sind aufgrund der denkmalpflegerischen Ansprüche kostenintensiv und wurden in den vergangenen Jahrzehnten mit mehreren Millionen Euro von Bund und Berlin finanziert. Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen verfügt über keinen eigenen Bau-Etat. Deshalb bedarf es zur Finanzierung aller größeren investiven Baumaßnahmen der umfangreichen politischen Abstimmung auf Landes- und Bundesebene.

Jede bauliche oder restauratorische Maßnahme bedarf eines intensiven Abstimmungs- und Abwägungsprozesses zwischen inhaltlichen und technischen Themen. Die Vermittlung von Haft und Unrecht, die Bewahrung der Authentizität

des Ortes und die Einhaltung denkmalpflegerischer Aspekte müssen zusammengedacht werden mit der Sicherheit und Zugänglichkeit für die Gäste, der Funktionalität der Anlage und der Finanzierung der Maßnahme. Die Gedenkstätte setzte sich im Berichtszeitraum für einen gelungenen Ausgleich der verschiedenen Interessen im Sinne der Bewahrung des historischen Ortes ein und setzte sich verstärkt mit der energetischen Optimierung des Denkmals auseinander.

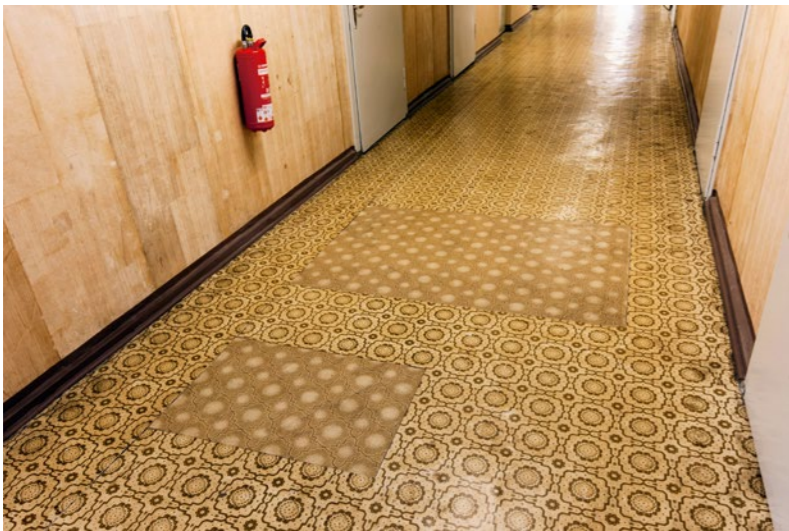
Bauunterhalt

Für die kompaktere bauliche Aufgaben wie Reparaturen und Wartung sowie deren denkmalgerechte Ausführung ist seit 2012 die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) in ihrer Funktion als Eigentümerin verantwortlich. Für größere, investive Maßnahmen ist ebenfalls die BIM oder die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen verantwortlich. Die Gedenkstätte arbeitet mit ihren Kolleginnen und Kollegen der Haustechnik und Verwaltung eng mit der BIM und den betroffenen Senatsverwaltungen zusammen.

Im laufenden Gedenkstättenbetrieb traten im Berichtszeitraum immer wieder unvorhergesehene Havarien an Heizungen, Sanitäranlagen, in den Teeküchen, in den klimatisierten Ausstellungsbereichen oder auf dem Gelände auf, die zeitnah beseitigt werden müssen. Auch an den historischen Oberflächen und der Einrichtung mussten regelmäßig Arbeiten durchgeführt werden, wie die fachgerechte Bearbeitung schadhafter Putzstellen und Wandfarben oder das Anbringen der historischen Gardinenstangen und Alarmdrähte.



← 2021 wurden im Vernehmertrakt die originalen Tapeten saniert. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Dirk Vogel, 2021



← Erhalt und Ausbesserung des originalen PVC-Bodenbelags im Gefängnisneubau. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Dirk Vogel, 2021

Um den Anforderungen an moderne Büroräume und Seminarräume mit flexibler Nutzung gerecht zu werden, fanden verschiedene Aus- und Umbauten ungenutzter historischer Räume statt.

Aufgrund von Witterungseinflüssen müssen die historischen Holzfenster und Garagentore regelmäßig gewartet werden. Im Berichtszeitraum wurden die Garagentore gerichtet, ausgebessert und gestrichen, sowie einige Holzfenster erneuert.

Im Berichtszeitraum konnte die lange beantragte und geplante Erneuerung der denkmalgeschützten Hofdecke im Bereich der ehemalige Garagen Süd durchgeführt werden. Der Beton in diesem Bereich war durch Witterung und hohes Besucheraufkommen stark brüchig geworden und stellte eine Gefährdung dar. Die Arbeiten orientierten sich an den Erfahrungen aus vorangegangenen Betonsanierungen in der Gedenkstätte.

Im Zuge der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Gedenkstätte wurde auch die energetische Optimierung des Denkmals angegangen. Im Berichtszeitraum wurden verschiedene umfangreiche Maßnahmen geplant, wie der Austausch der Thermostatköpfe an den historischen Heizkörpern und der Einbau von Sonnenschutzrollos und -folie. Die Umsetzung soll im Jahr 2023 erfolgen. Die historische Außenbeleuchtung wurde bereits für eine geregelte Nutzung mit Zeitschaltautomatik umgebaut. Im Berichtszeitraum begannen auch die Planungen für den Umbau der gesamten Objektbeleuchtung auf energiesparende LED-Beleuchtung, welcher im Jahr 2023 umgesetzt werden soll.

Insgesamt meldete die Gedenkstätte im Berichtszeitraum der BIM 328 Schäden. Alle Arbeiten wurden in Zusammenarbeit mit dem Objekt-/Baumanagement der BIM und den ausführenden Firmen und unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes ausgeführt.

Investive Maßnahmen

Der Erhalt und die Erneuerung der vielfach in der Umbruchszeit verloren gegangenen Originaleinrichtung und der denkmalgeschützten Innen- und Oberflächen ist aufgrund der immer seltener werdenden historischen Ersatzmaterialien schwierig. Aber genau diese originalen Gegenstände und Oberflächen dokumentieren die historische MfS-Atmosphäre. Besonders im Neubau der Untersuchungshaftanstalt kam es auch in jüngerer Zeit zu erheblichen Schäden durch Materialalterung und Witterungseinflüsse. Das sehr hohe Besucheraufkommen in den geführten Rundgängen trägt ebenfalls maßgeblich zur starken Abnutzung der Innenräume bei. Hier gilt es bei jeder großen Maßnahme, so viel als möglich vom historischen Material durch restauratorische Aufbereitung oder Ergänzung zu erhalten, oder nach einem abgestimmten Konzept zu ersetzen, so dass das von 1989 überlieferte Erscheinungsbild nicht zu stark verändert wird.

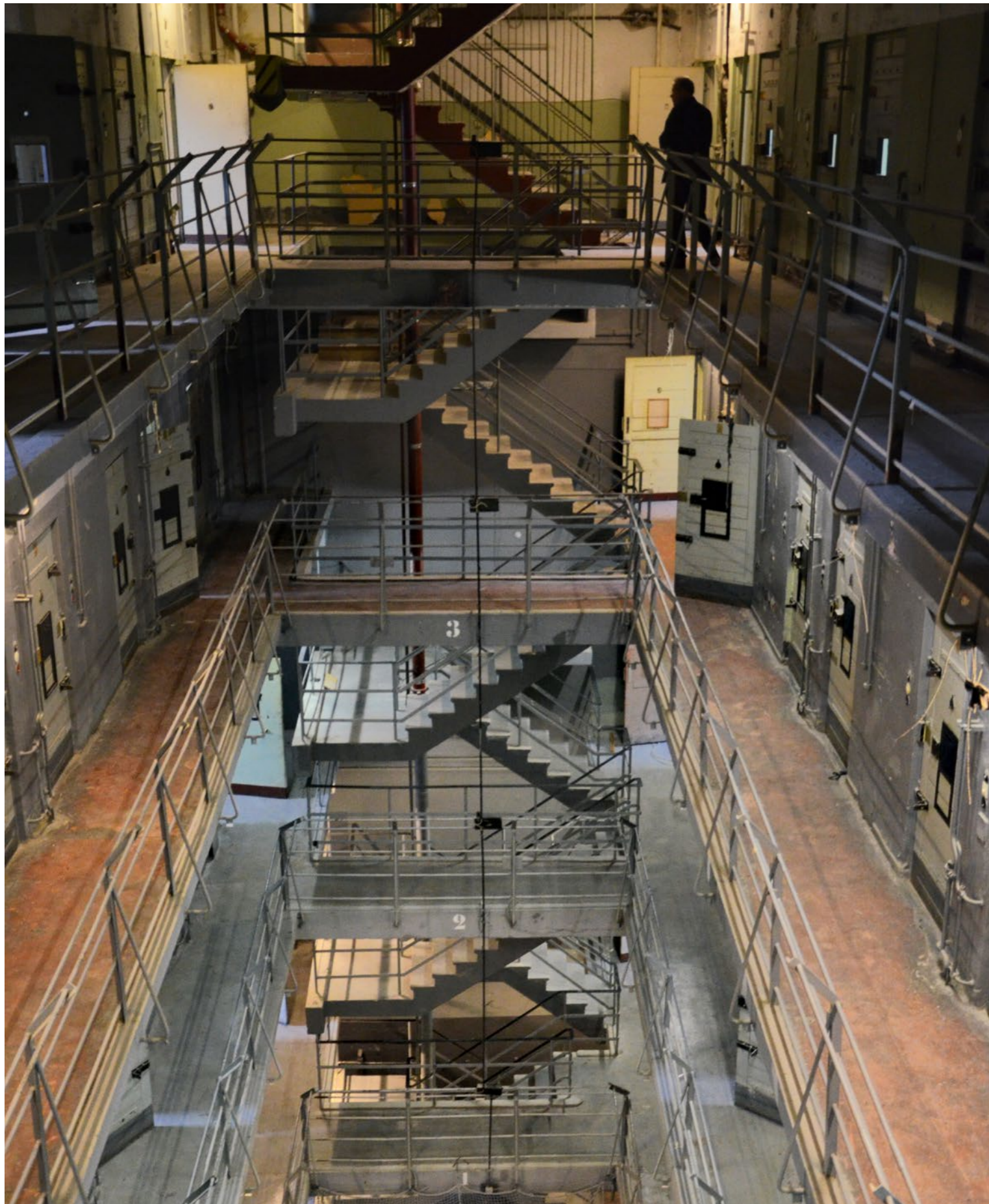
Die investive Maßnahme „Umbau und Sanierung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen – 2. Bauabschnitt“ (BA II) wurde im Berichtszeitraum baulich und formal beendet. Die Leistungen vor Ort wurden im Jahr 2021 wie geplant abgeschlossen. Die 118. und letzte Bausitzung fand am 24. Januar 2022 statt. Alle ausstehenden Arbeiten wurden in einer Mängelliste festgehalten und im Jahr 2022 ausgeführt. Nach der abschließenden Brandschutzprüfung erfolgte der planerische Abschluss der Maßnahme. Die technische Übergabe aller Dokumentationsunterlagen erfolgte am 29. November 2022.

Ziel der in enger Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz durchgeführten Maßnahmen war der Erhalt und die Wiederherstellung des Zustandes von 1989/90. Mit diesem Bauabschnitt wurden auf Grundlage des genehmigten Bedarfsprogramms von 2015 bei laufendem Besucherbetrieb folgende noch unsanierte Bereiche bearbeitet: restliche Flächen im Hauptgebäude, im Neubaugebäude, im Werkstattbereich, den Freigangzellen sowie im Haftkrankenhaus. Aufgrund des Brandschutzkonzepts BA II und der pandemiebedingten Hygienemaßnahmen musste der Besucherbetrieb in den historischen Gebäuden teilweise eingeschränkt werden.

Der Schwerpunkt im BA II lag auf Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes, der Schaffung barrierefreier Zugänge sowie auf energetischen und bestandserhaltenden Maßnahmen (Werkstattbereich). Dazu kamen Maßnahmen, die den musealen Bereich der Gedenkstätte betreffen: Klimatisierung (Depot, Sammlung), Möblierung und Medientechnik (Seminarräume und Überblicksinseln) und Restaurierung von Oberflächen und Möbeln. Im Rahmen der medientechnischen Modernisierung wurde auch der neue Einführungsfilm fertiggestellt. Alle restauratorischen und medientechnischen Arbeiten konnten im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Der Einsatz des neuen medialen Gästeführers, der die geführten Rundgänge durch die Gedenkstätte technisch ergänzt wird, verzögerte sich aufgrund unerwarteter erheblicher Lieferengpässe im Bereich Medientechnik um mehrere Monate, wurde im Jahr 2021 aber fertig gestellt und ist seit dem 1. Quartal 2022 nach einer Schulung im Einsatz.

Aufgrund der Kleinteiligkeit der Maßnahmen bestand ein hoher Abstimmungsbedarf zwischen Bauherrin, Bauleitung, Architekturbüro, Ingenieurbüro, Denkmalschutzbehörde, den Gewerken und der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen als Nutzerin. Die Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus den Bereichen Vorstand, Verwaltung und je nach fachlicher Rücksprache aus den Bereichen Haustechnik, Ausstellung, Sammlung sowie Bildung und Vermittlung nahmen an den baubegleitenden Ausschüssen, den wöchentlichen Bausitzungen und den Denkmalschutzbegehungen teil und trugen mit ihrer jeweiligen Expertise erheblich zum Gelingen der Arbeiten bei.

Während der Tapetensanierung in den öffentlich zugänglichen Bereichen des Neubaus wurde deutlich, dass die Tapeten in der obersten verschlossenen Etage des Neubaus in einigen Räumen ebenfalls massive Schäden aufweisen aufgrund der klimatischen Schwankungen in diesem Bereich. Um die Tapeten in diesem Bereich zu sichern und zu erhalten, wurde im Berichtszeitraum eine zusätzliche Baumaßnahme erarbeitet und genehmigt. Die Bauantrittsbesprechung fand am 15. Dezember 2022 statt. Mit der Fertigstellung der Arbeiten wird im 1. Quartal 2023 gerechnet.



Projekt „Erinnerungsort Keibelstraße“

Im November 2017 hat das Berliner Abgeordnetenhaus den Senat aufgefordert, das ehemalige DDR-Polizeigefängnis in der Keibelstraße für eine breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen und mit den dazu notwendigen Sanierungsmaßnahmen zu beginnen.

In einem ersten Schritt wurde im Februar 2019 durch die damals zuständige Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Familie in der 1. Etage des ehemaligen Haftraktes ein außerschulischer Lernort eröffnet. Schülerinnen und Schüler erhalten durch die historisch-politischen Bildungsangebote wichtige Informationen zur Repression in der SED-Diktatur. Allerdings ist die Zahl der Teilnehmenden aufgrund der eingeschränkten räumlichen Gegebenheiten sehr begrenzt.

In einem zweiten Schritt berief der Senat ein unabhängiges Gremium, das im Juni 2019 mit einer Reihe von Empfehlungen anregte, eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ließ die Machbarkeitsstudie von einem Architekturbüro erarbeiten. Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen brachte ihre Fachexpertise bezüglich der Restaurierung/Sanierung, Ertüchtigung und des öffentlichen Betriebs eines ehemaligen DDR-Gefängnisses mit ein. Dazu fanden zahlreiche Abstimmungsgespräche statt. Am 2. November 2021 wurde die „Machbarkeitsstudie Erinnerungsort Keibelstraße“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erhielt im Doppelhaushalt 2020/2021 des Landes Berlin finanzielle Mittel zur weiteren Entwicklung des ehemaligen Polizeigefängnisses Keibelstraße. Im April 2021 beauftragte der Stiftungsrat die Stiftung, die weitere Entwicklung des ehemaligen Polizeigefängnisses Keibelstraße zum Erinnerungs- und Lernort zu begleiten. An der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hinsichtlich des Umbaus der „Keibelstraße“ zu einem Erinnerungsort mit

einer umfassenden Gedenkstättenarbeit nach den modernen gültigen Standards wirken zwei Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Bereich der Baukoordination und der Projektkoordination mit.

Die veröffentlichte Machbarkeitsstudie bildet die Grundlage für die weiteren Planungen. Diese wurden durch die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen seit Ende Dezember 2021 mit erarbeitet, die auch als zukünftige Nutzerin des Erinnerungsortes Keibelstraße vorgesehen ist. Mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa, die ab diesem Zeitpunkt für dieses Projekt die Bedarfsträgerschaft übernommen hat, fanden zahlreiche Koordinierungsrunden statt. Die Projektentwicklung folgt dem Regelablauf der Vorschrift ABau. Das Team erstellte für die Beantragung der notwendigen Baumittel eine fachliche Bedarfsformulierung und erarbeitete ein Betriebskonzept. Beide Dokumente wurden im November 2022 durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa für das „Testat Frühe Kostensicherheit“ bei der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen eingereicht und für die Investitionsplanung 2023–2027 angemeldet.

Am 23. August 2022 fand im ehemaligen Polizeigefängnis Keibelstraße ein Vor-Ort-Gespräch mit der Nachbarschaft zur Umsetzung der Machbarkeitsstudie statt. Das Vor-Ort-Gespräch diente dazu, mit den Nachbarn der Keibelstraße – der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und der Landespolizeidirektion – den Austausch über den Flächenbedarf zu beginnen, der sich aus der Umsetzung der Machbarkeitsstudie ergibt.



← Besuch des Bundesvorsitzenden der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft und Vorsitzender des Beirats der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Dieter Dombrowski in der ehemaligen Haftanstalt Keibelstraße am 1. Dezember 2022. © Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Bei der Umsetzung dieses wichtigen Vorhabens entsteht auch ein hoher Bedarf an wissenschaftlicher Beratung. Dazu hat der Beirat der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen einen Beiratsausschuss „Projekt Keibelstraße der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ benannt. Zu seiner Aufgabe gehört die Abgabe von Empfehlungen für die Erarbeitung von Beschlussvorlagen und anderen Dokumenten, die die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen für die Beratungen des Beirats erstellt. Am 12. Oktober 2022 ist der Beiratsausschuss zu seiner ersten Online-Sitzung zusammengekommen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Weiterentwicklung des Bedarfs und der baulichen Anforderungen an die zukünftige Nutzung der Räumlichkeiten aus historischer und pädagogischer Perspektive. Das Team hat die Suche nach Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aufgenommen, die im Gefängnis Keibelstraße inhaftiert oder dort beschäftigt waren. Dadurch sollen die Erinnerungen von Betroffenen an den Haftort und das Haftregime gesichert werden. Bisher konnte zu 100 Personen Kontakt aufgenommen und erste Gespräche geführt werden. Zudem wurden

sieben mehrstündige lebensgeschichtliche Zeitzeugeninterviews mit ehemaligen Inhaftierten professionell aufgezeichnet. Darüber hinaus erstellt das Team wissenschaftliches Begleitmaterial, um die Videos perspektivisch auch für moderne Vermittlungsangebote nutzen zu können.

Für die Umsetzung der „Machbarkeitsstudie Erinnerungsort Keibelstraße“ bilden die Ergebnisse der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderten Forschungsarbeiten von drei Werkvertragsnehmenden und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter wichtige wissenschaftliche Grundlagen. Im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten stehen vor allem Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise des Präsidiums der Volkspolizei (PdVP) als zentralem Sicherheitsapparat in der Hauptstadt der DDR.

Trotz großer pandemiebedingter Einschränkungen konnten die Werkvertragsnehmer und der wissenschaftliche Mitarbeiter umfangreiche Recherchen in mehreren Archiven wie dem Landesarchiv Berlin und dem Stasiunterlagenarchiv im Bundesarchiv sowie der Polizeihistorischen Sammlung durchführen. Dennoch verzögerten die beträchtlichen Schwierigkeiten beim Archivzugang die Bearbeitung der Themenstellungen und die wissenschaftliche Quellenarbeit.

Die Werkvertragsnehmer haben ihre Forschungen zur „AG Staatsgrenze“ des Dezernats II der Kriminalpolizei im PdVP abgeschlossen. Die Resultate werden im Februar 2023 im Rahmen einer Online-Veranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört, dass dem PdVP und der Untersuchungsanstalt Keibelstraße ein deutlich größerer Stellenwert bei der Bekämpfung der „Republikflucht“ und bei der sogenannten Vorfeldsicherung der Grenzanlagen der Berliner Mauer zukommt, als bisher angenommen wurde.

Der wissenschaftliche Mitarbeiter konzentriert sich bei seinen Forschungen auf die „Politische Instrumentalisierung des Präsidiums der Ostberliner Volkspolizei von 1967 bis ca. 1980“ (Arbeitstitel). Erste Zwischenergebnisse zeigen, in welchem starkem Ausmaß das PdVP zur Verfolgung von Gegnern der SED-Diktatur und anderen unliebsamen Personen politisch instrumentalisiert wurde, um die Ziele der Partei durchzusetzen. Das wird auch daran deutlich,

dass das PdVP innerhalb der Volkspolizei eine Sonderstellung einnahm, weil es als einzige Bezirksbehörde in der DDR direkt dem Minister des Innern unterstand. Dadurch kann die gesamtstaatliche Bedeutung und Einzigartigkeit des Repressionsortes Keibelstraße quellen-sättigt herausgearbeitet werden.

Zu den zentralen Bestandteilen der Forschungen gehört eine enge wissenschaftliche Vernetzung mit fachlich ausgewiesenen Kooperationspartnerinnen und -partnern, Forschungseinrichtungen und Aufarbeitungsinitiativen. Der laufende Austausch der Projektmitarbeitenden mit Expertinnen und Experten u. a. beim Stasiunterlagenarchiv, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Gedenkstätte Berliner Mauer, dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, dem Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, der Robert-Havemann-Gesellschaft und dem DDR-Museum sowie die kontinuierliche Abstimmung mit dem Lernort Keibelstraße tragen wesentlich dazu bei, bereits vorliegende Untersuchungsansätze, Forschungsergebnisse und Synergieeffekte nachhaltig zu nutzen und gezielt weiterzuentwickeln.

Mit den Forschungen wird ein bedeutender Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Volkspolizei und des Haftortes Keibelstraße als wichtigen Repressionsinstrumenten der SED-Diktatur geleistet.



↑ Besucherinnen und Besucher beim Thementag der Gedenkstätte am 28. August 2021.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Go2know

Anhang

Stiftungsorgane

Gesetzliche Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat, der Vorstand und der Beirat. Der Stiftungsrat beschließt alle Angelegenheiten von grundsätzlicher oder besonderer Bedeutung und den Haushaltsplan. Vorsitzender ist das für kulturelle Angelegenheiten zuständige Mitglied des Berliner Senats. Darüber hinaus gehören ihm eine Vertreterin oder ein Vertreter der Senatsverwaltung für Justiz, eine Vertreterin oder ein Vertreter der für Kultur zuständigen obersten Bundesbehörde sowie der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied des Beirats der Stiftung an.

Der Vorstand ist der Direktor der Gedenkstätte. Er wird vom Stiftungsrat bestellt. Er führt die laufenden Geschäfte der Stiftung und ist dabei an die Beschlüsse und Weisungen des Stiftungsrats gebunden. Seit September 2019 ist dies Dr. Helge Heidemeyer. Der Beirat berät den Stiftungsrat sowie den Vorstand in allen inhaltlichen und gestalterischen Fragen. Ihm gehören Vertreter von Gedenkstätten, Einrichtungen, Gruppen und Initiativen, Wissenschaftler sowie sonstige qualifizierte Persönlichkeiten an, die mit dem Stiftungszweck befasst sind. Die Mitglieder werden vom Vorsitzenden des Stiftungsrats im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen obersten Bundesbehörde für die Dauer von drei Jahren berufen.

Die Mitglieder des Stiftungsrats, Stand 31.12.2022

Dr. Klaus Lederer
Senator für Kultur und Europa Berlin (Vorsitzender)

Maria Bering
Leiterin Abteilung K4 „Erinnerungskultur“ bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (stv. Vorsitzende)

N. N.
Vertreter der Senatsverwaltung für Justiz

Dieter Dombrowski
Vorsitzender des Beirats

Birgit Neumann-Becker
weiteres Mitglied des Beirats

Die Mitglieder des Beirats, Stand 31.12.2022

Dieter Dombrowski

Vorsitzender des Beirats
MdL a. D.
Bundesvorsitzender der Union der
Opferverbände kommunistischer Gewalt-
herrschaft e. V.

Mario Röllig

Stellv. Vorsitzender des Beirats
Ehemals politisch Inhaftierter

Marianne Birthler

Ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-
Unterlagen

Dr. Uta Bretschneider

Direktorin des Zeitgeschichtlichen Forums
Leipzig

Dr. Jens Gieseke

Leibnitz-Zentrum für zeithistorische Forschung
Potsdam

Dr. Anna Kaminsky

Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Prof. Dr. Axel Klausmeier

Direktor der Stiftung Berliner Mauer

Ulrike Kretzschmar

Abteilungsdirektorin Ausstellungen und
stellvertretende Präsidentin des Deutschen
Historischen Museums

Birgit Neumann-Becker

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur

Carla Ottmann

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt
„Lindenstraße 54“ e. V.
Ehemals politisch Inhaftierte
Stellv. Vorsitzende der Union der Opferverbände
kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Ulrike Poppe

Ehemals politisch Inhaftierte

Tom Sello

Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
des Landes Berlin

Edda Schönherz

Ehemals politisch Inhaftierte
Moderatorin und Autorin

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen

Universität Trier

Prof. Dr. Hermann Wentker

Leiter Außenstelle Berlin des Instituts
für Zeitgeschichte

Veranstaltungschronik

2021

Weiterbildungsmaster „Politisch-Historische Studien“

In Kooperation mit der Universität Bonn
24.04.2021

Filmstream und Onlinediskussion

82 Namen. Syrien, bitte vergiss uns nicht!

In Kooperation mit dem United States Holocaust Memorial Museum
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
29.04.2021

Internationaler Museumstag

Krank sein unter Bedingungen der politischen Haft

Online-Rundgang durch das Haftkrankenhaus der Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
16.05.2021

Ausstellungseröffnung

Die Berliner Mauer immer vor Augen

Kapelle der Versöhnung
17.08.2021

Kunstaussstellung

Die Berliner Mauer immer vor Augen

In Kooperation mit der Kapelle der Versöhnung und der Stiftung
Berliner Mauer
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und Kapelle der Versöhnung
17.08. bis 30.09.2021

Sonderführungen

Erlebe deine Region

In Kooperation mit dem Bezirksamt Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
21.08.2021

Thementag

Wir wollten frei sein – Musik und Haft in der DDR

In Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
dem Büro Doering – Fachhandel für Ereignisse, der Robert-Havemann-
Gesellschaft und X-RAY AUDIO by the Bureau of Lost Culture
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
28.08.2021

Kunstinstitution

Am Telefon sagt man nix

In Kooperation mit Üb3r
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
28.08. bis 12.09.2021

Tag des offenen Denkmals
Sein und Schein – in Geschichte, Architektur und Denkmalpflege
 In Kooperation mit Christof Schubert Architekten
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und Heike Villa
 11./12.09.2021

Finissage
Die Berliner Mauer immer vor Augen
 mit musikalischer Lesung von Karl-Heinz Bomberg
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 30.09.2021

Gedenkfeier für die Toten des sowjetischen Speziallager Nr. 3
 In Kooperation mit dem Bezirksamt Lichtenberg
 DenkOrt Friedhof Gärtnerstraße
 10.11.2021

13. Hohenschönhausen-Forum
**Flucht aus politischen Gründen in der deutschen und europäischen
 Zeitgeschichte und Gegenwart**
 In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung
 Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin
 18.11.2021

2022

Wanderausstellung
Geschichte und Erinnerung – Das Bundesarchiv!
 In Kooperation mit dem Bundesarchiv
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 02.02. bis 13.03.2022

Lesereihe: Bücher wider das Vergessen
Lesung Steffen Hahn
Von Grenzen und Stegen
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 28.02.2022

Lesereihe: Bücher wider das Vergessen
Lesung Uschi Otten
Den Tagen, die kommen, gewachsen zu sein
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 09.03.2022

Buchvorstellung im Rahmen von Leipzig liest
„Vom Mielke-Gefängnis zur Gedenkstätte“
 In Kooperation mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig
 Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
 17.03.2022

Lesereihe: Bücher wider das Vergessen
Lesung Vytene Muschick
Aber der Himmel – grandios von Dalia Grinkevičūtė
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 06.04.2022

Lesereihe: Bücher wider das Vergessen
Lesung Bianca Schaalburg
Der Duft der Kiefern
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 11.05.2022

Internationaler Museumstag
**Kostenfreie Sonderführung durch das Haftkrankenhaus
 der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**
 In Kooperation mit dem Deutschen Museumsbund
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 15.05.2022

Lesereihe: Bücher wider das Vergessen
Lesung Titus Müller
 Das zweite Geheimnis
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 22.06.2022

Thementag
Flugwege – Fluchtwege
 In Kooperation mit dem Militärgeschichtlichen Museum Flugplatz Berlin-Gatow
 und Kulturprojekte Berlin im Rahmen vom Kultursommer Berlin
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 25.06.2022

Vollversammlung und Workshops
 AG Gedenkstätten zur Diktatur in der SBZ und DDR
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 07./08.07.2022

Lange Nacht der Museen
Führungen und Videoinstallation Rahel Hegnauer
„Frühling, Sommer, Herbst und Winter“
 In Kooperation mit Kulturprojekte Berlin
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 27.08.2022

Internationales Literaturfestival
Worldwide Reading of Ukrainian Literature
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 07.09.2022

Tag des offenen Denkmals
„Spurensuche. Unterwegs mit der Denkmalpflege“
 Kostenfreie Führungen
 Lesung und Konzert mit Detlef Jablonski
 Kunstinstallation von Silvia Sarsano
 In Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft
 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 11.09.2022

Lesung und Podiumsgespräch

Die Weggesperrten von Grit und Niklas Poppe

In Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

23.09.2022

Gedenkfeier für die Toten des sowjetischen Speziallager Nr. 3

In Kooperation mit dem Bezirksamt Lichtenberg

DenkOrt Friedhof Gärtnerstraße

19.10.2022

Launch der Webapp des Forschungsprojekts

„Daten politischer Verfolgung“

BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

06.10.2022

Volny-Chor

Konzerte zum Jahrestag des Mauerfalls

In Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer, der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

09.11.2022

Kooperationspartnerinnen und -partner

Beauftragte des Landes Brandenburg

zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der

SED-Diktatur

Bezirksamt Lichtenberg

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Bureau of Lost Culture

Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe

Bundesarchiv

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der

SED-Diktatur

Bundeszwanderungs- und Integrationsrat

Bundeszentrale für politische Bildung

Capito e. V.

Carl-von-Ossietzky-Gymnasium Berlin (Pankow)

Charité Berlin

Christof-Schubert-Architekten

Deutscher Museumsbund

Deutschlandstiftung Integration gGmbH

Ernst-Litfaß-Schule (OSZ Mediengestaltung und Medientechnologie)

European IT Consultancy EITCO GmbH

Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Institute for the Investigation of Communist Crimes and Memory of the Romanian Exile (IICCMER)

Institut für Kulturelle Teilhabeforschung | IKTF

internationales literaturfestival berlin

Interreligiöser Dialog-Reinickendorfer Ost

John-Lennon-Gymnasium Berlin (Mitte)

Kapelle der Versöhnung

KOPF, HAND + FUSS gGmbH

Konrad-Adenauer-Stiftung

Kulturprojekte Berlin

Landesinstitut für Schule und Medien

Berlin-Brandenburg (LISUM)

Manfred-von-Ardenne-Gymnasium Berlin

(Hohenschönhausen)

Margarete-Steffin Volkshochschule Lichtenberg

Militärhistorisches Museum Flugplatz

Berlin-Gatow

Oberstufenzentrum Max-Bill-Schule Berlin

(Weißensee)

Oberstufenzentrum TIEM Berlin (Spandau)

Pilecki-Institut

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

Philipp-Melanchthon-Gymnasium Berlin

(Hellersdorf)

Presse- und Informationsamt

der Bundesregierung (BPA)

Robert-Havemann-Gesellschaft

Ruhr-Universität Bochum

Schulstiftung der Evangelischen Kirche

Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv

Stiftung Berliner Mauer

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Studios ID

Unblock Fair Art Fair

United States Holocaust Memorial Museum

Universität Bonn

Verwaltungsschule Hamburg (im Zentrum für Aus- und Fortbildung)

Villa Heike

Volkshochschule Berlin-Lichtenberg

Volny-Chor

WIPA GmbH

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Zentralverband des Deutschen Handwerks

Stiftungsgesetz

Gesetz über die Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“

Vom 21. Juni 2000¹
Zuletzt geändert durch Art. 1 Erstes ÄndG
vom 21. Juni 2018²

§ 1 Errichtung

Unter dem Namen „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ wird eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet. Die Stiftung entsteht mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

§ 2 Aufgaben und Zweck der Stiftung

(1) Zweck der Stiftung ist es, über die Geschichte des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen und das System der politischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren und zu forschen und zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Die Stiftung, die in der ehemaligen Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum betreibt, kooperiert dabei mit Gedenkstätten, Museen und Aufarbeitungseinrichtungen im In- und Ausland. Sie berät und unterstützt das Land Berlin in allen einschlägigen Angelegenheiten.

(2) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(3) Näheres regelt die Satzung.

§ 3 Stiftungsvermögen

(1) Die vom Land Berlin für die Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ erworbenen beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenstände werden auf die Stiftung übertragen.

(2) Der Stiftung werden die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücks- und Gebäudeflächen des Landes Berlin dauerhaft entgeltlich zur Nutzung überlassen. Das Nähere wird in einem Mietvertrag geregelt, der zwischen dem Land Berlin oder dem von ihm Beauftragten und der Stiftung abgeschlossen wird.

(3) Zur Erfüllung des Stiftungszwecks erhält die Stiftung einen jährlichen Zuschuss des Bundes und des Landes Berlin nach Maßgabe des jeweiligen Bundes- und Landeshaushalts.

(4) Die Mittel der Stiftung sind nur im Sinne des Stiftungszwecks zu verwenden. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(5) Die Stiftung kann in Ergänzung der ihr zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel Zuwendungen (Geld- und Sachleistungen) einschließlich Mittel aus letztwilligen Verfügungen annehmen. Die Annahme darf nur erfolgen, wenn damit keine Auflagen verbunden sind, die den Erfolg des Stiftungszwecks beeinträchtigen. Der Stiftungszweck gilt als beeinträchtigt, wenn die Erfüllung der Auflagen einen Aufwand erwarten lässt, der in Bezug auf den Wert der Zuwendung unverhältnismäßig ist.

(6) Bei ersatzloser Aufhebung oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks der durch dieses Gesetz errichteten Stiftung fällt deren Vermögen dem Land Berlin zu, das es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung und in einer dem Stiftungszweck möglichst nahe kommenden Weise zu verwenden hat.

§ 4 Organe der Stiftung

(1) Die Organe der Stiftung sind
1. der Stiftungsrat,
2. der Vorstand und
3. der Beirat.

(2) Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Stiftungsrats und des Beirats haben einen Anspruch auf die Erstattung von Reisekosten und sonstigen Aufwendungen nach den für die Berliner Verwaltung geltenden Bestimmungen.

§ 5 Stiftungsrat

(1) Der Stiftungsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Ihm gehören an:

1. das für kulturelle Angelegenheiten zuständige Mitglied des Senats oder eine von ihm benannte Vertretung,
2. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Senatsverwaltung für Justiz,
3. eine Vertreterin oder ein Vertreter der für Kultur zuständigen obersten Bundesbehörde,
4. die oder der Vorsitzende des Beirats,
5. ein weiteres Mitglied des Beirats.

(2) Für jedes Mitglied ist für den Fall der Verhinderung ein stellvertretendes Mitglied zu benennen.

(3) Die entsendungsberechtigten Stellen können jedes von ihnen entsandte Mitglied abberufen, sofern die Mitgliedschaft nicht an eine bestimmte Funktion gebunden ist. Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied aus, so ist ein neues Mitglied oder ein neues stellvertretendes Mitglied zu entsenden.

(4) Den Vorsitz führt das Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, das durch das Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 im Vorsitz vertreten wird.

(5) Jedes Mitglied hat eine Stimme im Stiftungsrat. Im Falle der Verhinderung kann die Stimmübung einem anderen Mitglied des Stiftungsrats übertragen werden.

(6) Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Die Stimme der oder des Vorsitzenden gibt bei Stimmgleichheit den Ausschlag.

(7) Der Stiftungsrat beschließt alle Angelegenheiten von grundsätzlicher oder besonderer Bedeutung sowie den Haushaltsplan.

(8) Die oder der Vorsitzende des Stiftungsrats hat das Recht, die Prozessführung in Rechtsstreitigkeiten an sich zu ziehen. Der Stiftungsrat ist über anhängige Rechtsstreitigkeiten unverzüglich zu unterrichten.

(9) Der Vorstand ist Personalstelle und Personalwirtschaftsstelle. Er kann diese Befugnisse übertragen. Personalstelle für den Vorstand ist die oder der Vorsitzende des Stiftungsrats. Sie oder er kann damit verbundene administrative Aufgaben, insbesondere die Personalaktenführung des Vorstands, übertragen.

(10) Näheres regelt die Satzung.

§ 6 Vorstand

(1) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte der Stiftung. Er ist dabei an die Beschlüsse und Weisungen des Stiftungsrats gebunden.

(2) Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

(3) Der Vorstand ist die Direktorin oder der Direktor der Gedenkstätte. Sie oder er wird vom Stiftungsrat bestellt und kann nicht dessen Mitglied sein. Der Stiftungsrat bestimmt auch die Vertretung des Vorstands.

(4) Näheres regelt die Satzung.

§ 7 Beirat

(1) Der Beirat berät den Stiftungsrat sowie den Vorstand in allen inhaltlichen und gestalterischen Fragen.

(2) Der Beirat besteht aus mindestens zehn und höchstens 15 sachverständigen Mitgliedern. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen, Gruppen und Initiativen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie sonstige qualifizierte Persönlichkeiten, die mit dem Stiftungszweck befasst sind, an.

¹ GVBl. S. 360

² GVBl. S. 448

(3) Die Mitglieder des Beirats werden von der oder dem Vorsitzenden des Stiftungsrats im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen obersten Bundesbehörde für die Dauer von drei Jahren berufen. Die Wiederberufung ist zulässig.

(4) Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. Er benennt das weitere Mitglied des Stiftungsrats.

(5) Näheres regelt die Satzung.

§ 8

Personal

Die Stiftung kann für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das jeweils geltende Tarifrecht des Landes Berlin anwenden.

§ 9

Satzung

(1) Die Stiftung gibt sich eine Satzung, die vom Stiftungsrat mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen wird. Das Gleiche gilt für Änderungen der Satzung.

(2) Die Satzung trifft nähere Bestimmungen über Organisation und Verwaltung der Stiftung.

§ 10

Berichterstattung

Der Vorstand legt alle zwei Jahre einen öffentlich zugänglichen Bericht über die Tätigkeit der Stiftung vor.

§ 11

Aufsicht, Rechnungsprüfung

(1) Die Rechtsaufsicht über die Stiftung führt die für kulturelle Angelegenheiten zuständige Senatsverwaltung.

(2) Für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie für die Rechnungslegung der Stiftung gelten die für die unmittelbare Landesverwaltung maßgeblichen Bestimmungen.

Der Vorstand veranlasst die Prüfung der Rechnungslegung durch eine Wirtschaftsprüferin oder einen Wirtschaftsprüfer, die oder der im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat und dem Rechnungshof von Berlin bestellt wird. Das Prüfungsrecht des Rechnungshofs von Berlin und des Bundesrechnungshofes bleibt hiervon unberührt.

(3) Näheres regelt die Satzung.

§ 12

Anwendung der Landeshaushaltsordnung

Werden gemäß § 105 der Landeshaushaltsordnung Vorschriften der Landeshaushaltsordnung entsprechend angewendet, kommen die dort in Bezug auf die Ausführung des Haushaltsplans der Senatsverwaltung für Finanzen sowie der für das Beamtenversorgungsrecht zuständigen Senatsverwaltung zugewiesenen Zuständigkeiten dem Stiftungsrat zu.

§ 13

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Stand 31.12.2022

Vorstand

Dr. Helge Heidemeyer
Stv. André Kockisch

Geschäftsstelle

Valentina Müller
Stephanie Roth

Ausstellungen/Sammlung

Andreas Engwert
Ausstellungen
Christine von Bose
Dr. Eva Fuchslocher
Theresa Polley
Sammlung
Daniela Martinova
Leia Bourichter
Volontär
Martin Koch

Bildung und Vermittlung

Henry Wenzel
Pädagogische Arbeitsstelle
Jana Brahmman
Lehrkräfte
Jens Hasselmeier
Ute Kietzmann
Dr. Christine Lasch
Dominik Ortner
Lex – Linksextremismus erfolgreich kontern
Anette Detering
Dr. Andreas Neumann
Freya Tasch
Projekt Outreach
Janina Berkle
Janò Foltis
Referentendisposition
Enrico Jähn
Friedemann Seidel
Volontärinnen
Meriam Bendakir
Sophie Rahause

Forschung

Dr. Elke Stadelmann-Wenz
Peter Erler
Studentische Hilfskraft
Ana Clementina Irimina
Volontärin
Gundula Pohl

BMBF-Projekt „Daten politischer Verfolgung“

Dr. Michael Schäbitz
Michel Kusche
Konstantin Neumann
Franziska Richter
Martin Sobczyk

Kommunikation

Dr. Elise Catrain
Ulrike Lippe
Malin Martin
Volontär
Philipp Girod

Strategie und Zeitzeugenarchiv

Dr. Stefan Donth
Bibliothek
Simone Rösner
Koordinierendes Zeitzeugenbüro
Stefanie Hüttl
Michael Lotsch
Jessica Steckel
Projekt Keibelstraße
Sarah Brumm
Gerd Callenius
Geertje Liebig
Volontärin
Julia Baumann

Verwaltung

André Kockisch
Haushalt
Franziska Andree
Jessica Piwecki
Melanie Richter
Eva Sommer
Hausorganisation
Mario Achsnig
Daniel Dürwald
Dirk Lange
Matthias Merseburg
IT/Veranstaltungstechnik
Bernd Marx

Besucherreferentinnen und Besucherreferenten

Frank Bachner	Matthias Leupold
Michael Brack	Henry Leuschner
Michael Bradler	Hans-Joachim Lietsche
Bue Bredsdorff	Thomas Luckow
Jürgen Breitbarth	Manuela Margaroli
Rainer Delmuth	Andromachi Marinou-Strohm
Jörg Dendl	Manfred Matthes
Jesper Diechmann Damkjaer	Liam McArdle
Hanjos Dörken	Andreas Mehlstäubl
Julien Drouart	Andreas Neßlinger
Gerhard Ehlert	Erhard Neubert
Rainer Ehrlich	Maria-Grazia Orlandini-Amundsen
Dr. Chiara Fabbrizi	Katrin Raetz
Gianluca Falanga	Andrea Rau
Johannes Fäßler	Thomas Raufeisen
Dr. Kirsten Fast	Viktoria Riabova
Robert Fissenewert	Nikolaus von Ribbeck
Reinhard Fuhrmann	Bärbel Richter
Gilbert Furian	Hartmut Richter
Witali Gerber	Karl-Heinz Richter
Céline Gilly	Teresa Rodriguez
Sigrid Grünewald	Mario Röllig
Veerle Hamerlinck	Torsten Rupnow
Sonja Hammer-Klonowski	Harry Santos
Jan-Paul Hartmann	Konstantin Schätzle
Tony Heidenreich	Hans-Jochen Scheidler
Lea Heim	Volkmar Schlutter
Gerold Hildebrand	Gundula Schmidt-Graute
Lutz Hildebrandt	Monika Schneider
Birgit Hillmer	Jean-Baptiste Schöneberger
Uwe Hillmer	Edda Schönherz
Andreas Hoffmann	Lothar Schulz
Günter Holter	Hans Schulze
Dylan Howarth	Hardburg Stolle
Tania Hron	Marcel van Hamersveld
Tom Hübner	Jorge Luís García Vázquez
Tonino Iannetta	Tilman Wickert
Ana Clementina Irimina	Wiebke Wiechell
Brigitte Jauer	Gabriela Wojtiniak
Lidia Karbowska-Minard	Florian Wolf
Corinna Karwoth	Rainer Wulf
Peter Keup	Gerd Zimmermann
André Kistner	
Katja Kollmann	
Christian König	
Friedemann Körner	
Jacqueline Köster	
Rolf Kranz	
Friederike Krebs	
Jeroen Kuiper	
Ret Langmeier	
Veit Lehmann	

Publikationen

Baberowski, Jörg/ Kindler, Robert/ Donth, Stefan (Hg.): Disziplinieren und Strafen. Dimensionen politischer Repression in der DDR, Frankfurt am Main 2021).

Brahmann, Jana/ Hasselmeier, Jens/ Ortner, Dominik: Chatbots in der historisch-politischen Bildung – Digitale Vermittlungsstrategien zum Umgang mit heterogenen Lern- und Besuchergruppen, in: Neumann, Andreas/ von Bilavsky, Jörg (Hg.): Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum . Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Reihe ars digitalis), Wiesbaden: Springer Vieweg 2022, S. 65–81.

Catrain, Elise (Bearb.): Vom Mielke-Gefängnis zur Gedenkstätte. Haft- und Erinnerungsort Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2022, hg. von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Catrain, Elise: 1976 „Jetzt sind Se staatenlos“ – Jürgen Fuchs und die Ausbürgerung Biermanns, in: Soch, Konstanze (Hg.) in Zusammenarbeit mit Gabriele Camphausen: Stasi in Berlin. Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt, Berlin 2022, S. 36–39.

Donth, Stefan: Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre, in: Koschyk, Hartmut/Regente, Vincent (Hg.): Vertriebene in SBZ und DDR, Berlin 2021, S. 45–68.

Donth, Stefan/ Birlhelmer, Jana: „Partner des operativen Zusammenwirkens“: Staatssicherheit, Volkspolizei und Transportpolizei, in: Soch, Konstanze (Hg.) in Zusammenarbeit mit Gabriele Camphausen: Stasi in Berlin. Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt, Berlin 2022, S. 78–83.

Engwert, Andreas/ von Bose, Christine: Ausstellungen und Sammlung, in: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hg.): Vom Mielke-Gefängnis zur Gedenkstätte. Haft- und Erinnerungsort Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2022, S. 66–69.

Engwert, Andreas: Die Ausstellung „Stasi in Berlin. Überwachung und Repression in Ost und West“ – ein Praxisbericht, in: Neumann, Andreas/ von Bilavsky, Jörg (Hg.): Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum . Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Reihe ars digitalis), Wiesbaden: Springer Vieweg 2022, S. 1–10.

Erlar, Peter: Interbrigadist, Emigrant und Lagerchef. Der sudetendeutsche Kommunist Karl Keilhofer – Etappen eines Lebensweges, in: BzG 2/2021, S. 133–170.

Erlar, Peter: Der „Stempel-Bericht“. Als Generalsekretär der LDP in Hohenschönhausen und Workuta. Eine Dokumentation, in: ZdF 2021, H. 47, S. 47–61.

Erlar, Peter: Berliner Gefängnisse, Haftvollzugsanstalten und Verwahrorte nach Kriegsende 1945, in: ZdF 2021, H. 48, S. 3–30.

Erler, Peter: Die Gefängnisse der sowjetischen Geheimpolizei in Berlin als Standort-Strukturelemente der Repressionstopografie in der SBZ und der frühen DDR, in: Berlin Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2021, hg. v. Werner Breuning und Uwe Schaper, Berlin 2022, S. 187–220.

Liebig, Geertje: Der Denkmal-Ort: Erhalt und Renovierungen, in: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hg.): Vom Mielke-Gefängnis zur Gedenkstätte. Haft- und Erinnerungsort Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2022, S. 106–111.

Maslahati, Tolou/ Voß, Aline Lea / Donth, Stefan/ Heuser-Collier, Isabella/ Röpke, Stefan: Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Psychotherapie-Psychosomatik-Medizinische Psychologie, Stuttgart 2022, 7 Seiten (Online).

Neumann, Andreas: Die marxistisch-leninistische Faschismusdefinition und der Mauerbau. Individuelle Folgen medial verbreiteter Fake News und Verschwörungstheorien. In: Klimczak, Peter/ Zoglauer, Thomas (Hg.): Wahrheit und Fake im postfaktisch-digitalen Zeitalter. Distinktionen in den Geistes- und IT-Wissenschaften. Wiesbaden: Springer Vieweg 2021, S. 89–113.

Neumann, Andreas/ von Bilavsky, Jörg (Hg.): Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Reihe ars digitalis), Wiesbaden: Springer Vieweg 2022.

Neumann, Konstantin: Definition und Dimensionen politischer Haft in der DDR. Ein Debattenbeitrag durch das Datenbankprojekt vom Forschungsvorbund „Landschaften der Verfolgung“. In: Neumann, Andreas/ von Bilavsky, Jörg (Hg.): Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. (Reihe ars digitalis), Wiesbaden: Springer Vieweg 2022, S. 121–141.

Neumann, Konstantin/ Schäbitz, Michael: Alte Debatte auf neuem Niveau. Das Datenbankprojekt der „Landschaften der Verfolgung“ zu den Dimensionen politischer Haft in der DDR. In: H und G, 7/21, URL: <http://h-und-g.info/forum/schwerpunkt-7/21akten-einsichten/schaebitz/neumann>.

Neumann, Konstantin: Zu Recht in Stasi-Haft? Die Rehabilitierungsdebatte um Fahnenflüchtige Soldaten der Nationalen Volksarmee. In: Baberowski, Jörg/Kindler, Robert/ Donth, Stefan (Hg.): Disziplinieren und Strafen. Dimensionen politischer Repression in der DDR, Frankfurt/ New York 2021, S. 171–192.

Pohl, Gundula: Exklusiv national. Denkmäler im Erinnerungskomplex Maly Trascjanec in Belarus. In: Zeitgeschichte-online, November 2021, URL: www.zeitgeschichteonline.de/geschichtskultur/exklusiv-national.

Pohl, Gundula: Myslī' w nacional'nych kategorijach: massiv imen kak memorial „avstrijskim zertvam cholokosta“. In: Minski dziaŕžaŭny lingvistyčny űniversitēt (Hrsg.): Belarus' i Germanija. Gistoryja i sučasnas'. Materyjaly Miŕnarodnaj navukovaj kanferency, Minsk 3.4.2020, vypusk 19, Minsk 2021, S. 55–65.

Pohl, Gundula: Sperrbezirk: hereinspaziert! (Essay zum MfS-Dienstkomplex „Freienwalder Straße“). In: Blocks of Berlin, Katalog zur Kunstmesse UN-BLOCK Fair Art Fair, 10. 19.10.2021, Berlin 2021, S. 14–19.

Richter, Franziska/ Schäbitz, Michael/ Sobczyk, Martin: Werkstattbericht: Ein Einblick in den Maschinenraum des Datenbankprojekts des Forschungsverbunds „Landschaften der Verfolgung“, in: Neumann, Andreas/ von Bilavsky, Jörg (Hg.): Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. (Reihe ars digitalis), Wiesbaden: Springer Vieweg 2022, S. 103–119.

Rösner, Simone/ Steckel, Jessica/ Donth, Stefan: Das Zeitzugeugenarchiv, die Bibliothek und das Koordinierende Zeitzugeugenbüro, in: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hg.): Vom Mielke-Gefängnis zur Gedenkstätte. Haft- und Erinnerungsort Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2021, S. 58–61.

Stadelmann-Wenz, Elke (gemeinsam mit Gabriele Camphausen): Die zentrale Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen, in: Soch, Konstanze (Hg.): Stasi in Berlin. Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt. Berlin 2022, S. 64–67.

Stadelmann-Wenz, Elke: Berlin-Hohenschönhausen als Forschungsstätte, in: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hg.): Vom Mielke-Gefängnis zur Gedenkstätte. Haft- und Erinnerungsort Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2022, S. 62–65.

Steckel, Jessica / Donth, Stefan: Virtuelle Begegnungen im Schulunterricht. Die historische-politische Bildungsarbeit des Koordinierenden Zeitzugeugenbüros. Ein Praxisbericht, in: Neumann, Andreas/ von Bilavsky, Jörg (Hg.): Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. (Reihe ars digitalis), Wiesbaden: Springer Vieweg 2022, S. 23–41.

Impressum

Herausgeber

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Genslerstraße 66
13055 Berlin

info@stiftung-hsh.de

Redaktion

Elise Catrain, Ulrike Lippe

Umschlagfoto

Inschriften in einer Zelle der Stasi-Untersuchshaftanstalt.
© Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Foto: Dirk Vogel, 2022

Gestaltung

Pralle Sonne, Berlin

Druck

PIEREG Druckcenter Berlin

Gedruckt auf PIEREG Recycling



ISBN 978-3-949769-03-0

Mit freundlicher Unterstützung

